Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 58. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 4. Februar 1880.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

51. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Februar.

11 Uhr. Am Ministertische Maybach, Bitter und Commissarien.

Eingegangen sind die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt des ersten Vierteljahres 1877 und ein Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf der im großherzoglich-hessischen Gebiet belegenen Strecke der Main-Weserbahn und den Bau einer Eisenbahn von Cölbe nach Laasphe.

In der dritten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, spricht sich der Abg. Meyer (Breslau) nochmals gegen die Vorlage aus; über den Vertrieb schlechter Waaren sei auch schon vor dem Bestehen von Wanderlagern geklagt worden. Allerdings würden die Wanderlager nicht in derselben Weise von den Steuern getroffen, wie die stehenden Betriebe, aber die Vorlage gebe doch weit über die Ausgleichung dieser Differenz hinaus. Viele vollständig berechtigte Wanderlager könnten eine so hohe Steuer nicht tragen, hauptsächlich für solche Artikel, für die in kleineren Ortschaften ein stehender Absatz nicht zu erzielen sei. Die Jahrmärkte seien nur eine Anhäufung von Wanderlagern; sei ein Wanderlager ein Verbrechen, so sei der Jahrmarkt ein Massenverbrechen, und trotzdem petitionirten viele Inhaber stehender Gewerbe-Betriebe für die Jahrmärkte, die sie selbst beziehen, während sie sich gegen die Wanderlager als eine unberechtigte Concurrenz aussprechen Dem Wortlaute nach verstoße die Vorlage allerdings nicht gegen die Reichsgesetzgebung; Preußen dürfe aber nicht in der Buchstabengerechtigkeit seinen Ruhm suchen, sondern müßte, wenn ihm die Reichsgewerbefreiheit in diesem Punkte zu weit gehe, seinen mächtigen Einfluß zur Abstellung dieses Uebelstandes anwenden. Redner bittet die Regierung schließlich, die von ihm bezeichneten berechtigten Wanderlagerbetriebe zu schützen.

Geh. Rath Herrfurth erkennt an, daß es berechtigte Wanderlagerbetriebe gebe, und ihnen gegenüber werde der Finanzminister von der ihm zustehenden Befugniß des § 3 Gebrauch machen und für gewisse Gewerbsarten oder in einzelnen Fällen die Steuerfreiheit zulassen. Die Steuerausgleichung beziehe sich nicht nur auf die Staatsgewerbesteuer, sondern auch auf die Communal-Zuschläge zu derselben und auf die Personalsteuern.

Abg. Fuchs bleibt bei seiner früher geäußerten Behauptung, daß die Wanderlager den Verkauf von Schleuderwaaren betrieben und deren Anfertigung begünstigten.

Der Gesetzentwurf wird darauf in seinen einzelnen Paragraphen ohne weitere Debatte genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Erweiterung der Staatseisenbahnen und die Betheiligung des Staates bei mehreren Privateisenbahn-Unternehmungen. In Nr. 1 des § 1 werden 27,250,000 M. zum Bau einer Eisenbahn von Erfurt nach Grimmenthal und Ritschenhausen gefordert.

Langerhans beantragt, diese Summe abzulehnen; Berger, die Staatsregierung aufzufordern, mit Rücksicht auf die zu wiederholten Malen von der Landesvertretung anerkannte Dringlichkeit der Herstellung einer Eisenbahnverbindung für die Stadt Suhl zunächst die Strecke Grimmenthal-Suhl mit thunlichster Beschleunigung auszubauen und in Betrieb zu setzen.

Abg. Langerhans. Die Linie Grimmenthal-Erfurt würde eine sehr zweckmäßige gerade Verlängerung der Linie Sangerhausen-Erfurt nach dem Süden Deutschlands schaffen. Indessen wollen wir im Interesse der Continuität und möglichst gleichmäßiger Förderung des Eisenbahnbaues, die die Regierung selbst als im Interesse der dem Eisenbahnbau dienenden Industriezweige für nöthig erklärt, nicht heute schon die hier geforderte Summe bewilligen. Der Staat übernimmt so schon beim Erwerbe der neuen Bahnen die Verpflichtung zum Ausbau vieler Strecken; wir dürfen also diese Bauthätigkeit nicht steigern, damit nicht später ein plötzlicher Stillstand eintritt. Wir wissen noch nicht, wieviel der Grund und Boden für diese Bahn uns noch kosten wird; wenn wir heute den Bau noch nicht bewilligen, so entschließen sich die Interessenten, soweit sie es noch nicht gethan, vielleicht bis zum nächsten Jahre den Boden ganz umsonst herzugeben. Von einer Benutzung der Linie Erfurt-Ilmenau, die die Hälfte der projectirten Linie bildet soll abgesehen werden, weil sie nur eine Localbahn ist und ihre Umwandlung in eine Vollbahn große Kosten verursachen würde. Diese Kosten können doch keinesfalls so groß sein, wie die eines Neubaues. Die Thüringer Bahn, der jene Strecke gehört, muß sie billig an den preußischen Staat verkaufen, wenn dieser es will, denn diese Strecke kann sich in keiner Weise halten, wenn unser Project durchgeführt wird. Vielleicht stellt sich auch durch den Verkehr der neuerworbenen Bahnen heraus, daß eine ganz andere neue Linie den Zweck dieses Projects besser erfüllt. Früher hielt man die jetzt bestehenden Linien für besser; nun sollen sie durch die neue Linie im höchsten Grade geschädigt werden. Man will eine Verbindung nach dem Knotenpunkt Würzburg; ich glaube, daß es zweckmäßiger ist, den Knotenpunkt für den Verkehr mit Süddeutschland etwas mehr nach Osten, nach Bamberg zu verlegen, da Würzburg schon in der Nähe des großen Knotenpunktes Frankfurt a. M. liegt.

Bei vielen Eisenbahnen Deutschlands liegt die Verführung nahe, sie gerader zu legen, aber man darf nicht so schnell darauf eingehen, um nicht große Schädigungen von Privatbahnen herbeizuführen. So wurden hier die Linie Meiningen-Grimmenthal lahmgelegt, die Thüringische Bahn sehr geschädigt und die auslaufenden Adern der Anhalter Bahn unterbunden. Den Interessen der Stadt Suhl würde es wahrscheinlich vollständig genügen, wenn wir sie mit Grimmenthal durch eine Secundärbahn verbinden. Nachdem wir einmal das Staatsbahnsystem angenommen haben, müssen wir auch im Interesse seiner Rentabilität handeln. Das geschieht durch möglichste Unterstützung des Baues von Secundärbahnen. Nun werden aber 27 Millionen zur Vervollständigung des Hauptnetzes und nur 22 Millionen für Secundärbahnen verlangt. Wir haben den Staat mit einer so furchtbaren Schuld belastet, daß wir durchaus sparen müssen, sollten auch die neuen Bahnen sich wirklich rentiren, ohne daß der Privatverkehr durch unzweckmäßigere Tarife und schlechtere Veranlagung der Züge geschädigt wird. Wir haben den Minister für öffentliche Arbeiten mit Milliarden derartig überschüttet und verwöhnt, daß er es vielleicht mit 2 bis 3 Millionen, die erspart werden könnten, nicht so genau nimmt. Wir müssen aber darauf bestehen, daß endlich die dem Volke versprochenen Steuererlasse zur Wahrheit werden. Wir wollen daher diese Bahn erst dann bauen, wenn sie sich durch den Verkehr als eine wirkliche Nothwendigkeit herausgestellt hat.

Abg. Hammacher: Eine Ueberproduction der Eisenbahnbauindustrie ist durch die vorgeschlagenen Neubauten nicht zu befürchten, da die noch im Bau begriffenen Staatsbahnlinien fast alle demnächst vollendet und die Bauverpflichtungen, die der Staat beim Ankauf der neuen Bahnen übernommen hat, nur gering sind. Die Linie Erfurt-Grimmenthal ist eine sehr wichtige Verbindung der Magdeburg-Halberstädter mit Süddeutschland, und in wirthschaftlicher und militärischer Hinsicht sehr wichtig für Berlin-Wetzlar. Sie kürzt den Weg von Berlin nach Stuttgart um 86 Kilometer ab und ist eine ganz vortreffliche Vervollständigung des preußischen und deutschen Eisenbahnnetzes. Zugleich trägt sie den Interessen eines von dem übrigen Körper des Staates durch den Mangel an Bahnen abgeschnittenen Landestheiles, des Kreises Suhl Rechnung. Das Terrain ist nur von dem Herzogthum Meiningen nicht umsonst zur Verfügung gestellt. Hier konnte man es aber nicht verlangen, weil schon die Thüringische Bahn, an welcher Meiningen finanziell sehr stark interessirt ist, durch das Project sehr geschädigt wird. Von der Mitbenutzung der der Thüringer Bahn gehörigen Strecke Dietendorf-Plauen-Ilmenau hat die Regierung keineswegs gänzlich Abstand genommen; nur müssen wir ihr die Mittel gewähren, auch ohne Zuhilfenahme dieser Strecke die Bahn zu bauen, damit sie sich nicht von der Thüringer Bahn unberechtigte hohe Kaufsbedingungen stellen zu lassen braucht. Mag der Knotenpunkt Bamberg oder Würzburg sein, jedenfalls müssen wir zuerst die Verbindung zwischen Erfurt und Meiningen herstellen. Der preußische Staat wird durch die Vorlage nicht ungewöhnlich belastet. Niemals hat die preußische 4procent. Rente einen so hohen Cours gehabt, wie jetzt. (Ruf: Schwindel!) Die Käufer der preußischen Rente, seien sie Inländer oder Ausländer, haben sich jedenfalls vor dem Ankauf ein Urtheil über die preußischen Creditverhältnisse gebildet. In keinem großen Culturstaat der Welt sind die Finanzen so gut geordnet und die Schulden im Verhältniß zur Leistungsfähigkeit so gering wie in Preußen. In dem vorliegenden Project handelt es sich um eine ganz minime Summe im Vergleich zu den schon bewilligten. Ich bitte deshalb, diesen Theil der Vorlage anzunehmen.

Abg. Berger schildert den Nothstand der Stadt Suhl in Folge des Mangels an jeder Eisenbahnverbindung; 850 Familienväter sind daselbst erwerbslos. Der Landtag hat die Regierung wiederholt aufgefordert, dem abzuhelfen. Redner bittet, die von ihm vorgeschlagene Resolution anzunehmen, damit die Stadt Suhl nicht etwa noch vier Jahre auf die Bahn warten müsse.

Minister Maybach: Die Regierung wird in Anerkenntniß des dringenden Bedürfnisses den Bau der Strecke Grimmenthal-Suhl zuerst in Angriff nehmen. Die Regierung hat in den Motiven zu dem Gesetz auf die Nothwendigkeit hingewiesen, die Thätigkeit der Industrie zu beleben und zu einer mehr constanten, continuirten zu machen. Seitdem haben sich die Verhältnisse zum Erfreulichen gewendet. Allein der Anstoß, der vom Ausland gekommen, ist nicht als von dauernder Wirkung anzusehen. Die Regierung hat ein Interesse daran, daß, wenn die Industrie wieder neues Leben gewonnen, nicht zu übermäßiger Production übergegangen, aber auch dieses Leben als ein gesundes erhalten wird. Das ist aber nur ein Nebenmotiv der Vorlage. Die meisten von uns unternommenen Bauten erreichen in diesem Jahre ihre Vollendung. Die großen Industrien, die auf diesen Bahnbau angewiesen sind, würden also in einen Stillstand versetzt, der auch auf gesunde Quellen der Industrie verderblich zurückwirken würde. Dies zu vermeiden wird die Vorlage, wenn auch nicht in hohem Maße, so doch etwas beitragen. Die unentgeltliche Hergabe von Grund und Boden haben wir bei Hauptbahnen, wie die in Rede stehende es sein soll, nur in wenigen Ausnahmefällen verlangt. Wir erlangen durch sie einen wichtigen Abschluß nach Norden, und das ist wichtiger, als der Abschluß nach Süden. Gewisse Bahnen werden dadurch einen Abbruch erleiden, aber das ist kein entscheidender Grund, um ein gemeinnütziges, unseren nationalen Interessen dienendes Unternehmen zurückzuweisen. Können wir uns mit der Thüringer Bahn zur Vermeidung unnützer Bauten verständigen, so werden wir es nicht unterlassen. Aber unsere Position wäre bedenklich, wenn wir nicht sagen können: Wenn wir uns nicht verständigen, so baut die preußische Regierung allein direct. Die Regierung erfüllt mit der Vorlage eine Pflicht gegen die Stadt Suhl, zu deren Erfüllung sie von der Landesvertretung wiederholt aufgefordert worden ist. Ich bitte Sie, im Interesse einer gesunden Politik, der Forderungen jenes Landestheiles und des großen Verkehrs die Vorlage anzunehmen.

Abg. v. Heppe spricht sich aus den von den Vorrednern angeführten Gründen gegen den Antrag Langerhans aus. Die Ausführung der Linie Erfurt-Grimmenthal sei dringlich im Interesse der Stadt Suhl und der Rentabilität der Magdeburger-Halberstädter Bahn. Die von Eisenbahnen entblößte Strecke des Thüringer Waldes müsse an dieser Linie von einer Bahn durchschnitten werden, nachdem einerseits Sangerhausen-Erfurt, andererseits Schweinfurt-Meiningen gebaut, also Erfurt und Meiningen die natürlichen Anknüpfungspunkte geworden seien.

Die Nr. 1 wird unter Annahme des Antrages Berger genehmigt.

Die in Nr. 2 geforderten 2,730,000 M. für die Eisenbahn von Güldenboden nach Mohrungen und 2,454,000 M. für die Bahn von Mohrungen nach Allenstein werden bewilligt, nachdem v. Lücken (Mohrungen) die Bewilligung empfohlen.

Für die Eisenbahn von Marienburg über Marienwerder und Graudenz nach Thorn nebst Abzweigung nach Kulm werden in Nr. 3 von der Commission 9,851,200 M. zur Bewilligung vorgeschlagen, während die Regierung nur 9,250,000 M. gefordert hat.

Bender und Quadt beantragen, den Mehrbetrag abzulehnen. Abg. Wehr: Ich hoffe, daß das Haus dem Antrage der Commission zustimmen wird. Die rechte Weichseluferbahn kommt dem durchgehenden Verkehr und in ebenso hohem Maße der Landesvertheidigung zu gute; indem sie umfangreiche und fruchtbare Gebietstheile den angrenzenden Staatsbahnen zuführt, steigert sie deren Rentabilität; sie wird aber auch für sich selbst sicherlich eine mäßige Rente abwerfen. Sie hat eine primäre Bedeutung, wenn sie auch zunächst secundär betrieben werden soll, denn sie hat wirthschaftlich dieselbe Bedeutung, wie die schon genehmigte Bahn zu 1, mag diese auch in das ganze Eisenbahnsystem der Regierung mehr passen. Während aber bei dieser Bahn nur ein ganz verschwindender Theil des Grund und Bodens von den Interessenten verlangt wird, verlangt die Regierung bei der rechten Weichseluferbahn von fünf Kreisen — denn der Marienburger mit dem 1 Kilometer kommt nicht in Betracht — 1,130,000 M. für Grund- und Bodenentschädigung. Dabei wird der Grund und Boden später immer viel theurer, als die Regierung ihn vorher anschlägt, da sie eine zu geringe Morgenanzahl und zu geringe Preise ansetzt. Nach den bei der Marienburger Bahn gemachten Erfahrungen werden es 1½ Mill. Mark sein. Wie kann man aber die Interessenten mit so ungleichem Maße messen wie hier bei den Bahnen zu 1 und 3. Die Kreise werden die 1½ Millionen nicht aufbringen können. Auf dem rechten Weichselufer haben von 21 Kreisen Westpreußens 7 gar keine ehemaligen Staatschausseen, 3 bis 4 so gut wie gar keine gehabt, ein Verhältniß, wie es in der ganzen Monarchie nicht wieder vorkommt. Die Kreise haben die Chausseen selbst bauen müssen und mit den Unterhaltungskosten derselben sind ihre Etats dauernd belastet. Da fast keine Steine und Kies vorhanden, kostet der Bau einer Meile Chaussee hier 80—90,000 Thlr.

Eben so vernachlässigt sind diese Kreise im Eisenbahnbau. Die Ostbahn würde, wenn nicht strategische und Sparsamkeitsrücksichten maßgebend gewesen wären, unzweifelhaft diese Kreise durchschnitten haben, statt Bromberg, Dschirwingk und Dirschau. Nun werden die Chausseen, die alle an die Ostbahn herangebaut wurden, mehr oder weniger überflüssig, und es müssen neue Chausseen an die neue Bahn gebaut werden. Die Belastung wird also verdoppelt. Einzelne Kreise haben schon über eine Million Mark Schulden; die Communallasten betragen 80 bis 90 Procent der directen Staatssteuern. Es wäre also ungerechtfertigt, den Interessenten diese Opfer aufzuerlegen. Wenn sie die 1½ Millionen aufbringen, so wird die Bahn für sie nicht fruchtbringend, denn sie können dann nicht Chausseen an dieselbe bauen. Man verlangt, daß die Provinz eintrete, aber die Provinz Westpreußen ist durch das Dotationsgesetz sehr schlecht weggekommen. Die vereinigte Provinz Preußen mußte 11 Millionen Staatsverpflichtungen übernehmen, während die übrigen Provinzen fast gar keine übernahmen. Von den 11 Millionen ist aber nur ein verschwindend kleiner Theil für Westpreußen, das übrige für Ostpreußen verwendet worden. Bei der Theilung mußten wir aber die Staatsverpflichtungen mit übernehmen und nahezu 3 Millionen aufnehmen, um unsere alten Verpflichtungen zu decken. Wir sind eine an und für sich nicht wohlhabende Provinz den andern gegenüber, auch durch das Zusammenleben mit Ostpreußen in communaler Beziehung zurückgeblieben. Unsere Schulden werden, abgesehen von den 3 Millionen, sich immer mehr steigern und die Provinzialsteuern, die jetzt schon 12 Procent betragen, während alle anderen Provinzen 2,3, höchstens 6 und 7 Procent zahlen, in Kürze einen höhern Standpunkt erreichen. Die Billigkeit fordert, daß das, was die Regierung Jahre lang an dieser Provinz vernachlässigt hat, endlich einmal gesühnt wird, indem der Provinz wenigstens der kleine Vortheil gewährt wird, den die Commission vorschlägt. Den Grundsatz, daß man der Regierung nicht mehr geben darf, als sie fordert, haben wir schon wiederholt durchbrochen, und wir Abgeordneten sind doch nicht blos da, um zu streichen, sondern auch um, wo es Noth thut, Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten auszugleichen. (Hört!)

Sollten wir in diesem Fall an dem Prinzip festhalten, so könnte man mit Recht sagen: es ist das schlechteste Prinzip, überhaupt ein Prinzip zu haben. Wenn Sie den Commissionsvorschlag nicht annehmen, so würde, wie schon in der Commission ausgeführt und der Regierung durch die competenten Provinzialbehörden mitgetheilt ist, auf ein Zustandekommen der Bahn zum großen Bedauern der Provinz und der betheiligten Kreise nicht zu rechnen sein. Sie würden eine bisher vernachlässigte Provinz weiter vernachlässigen. Wohin es führt, den wirthschaftlichen Zuständen mit verschränkten Armen gegenüber zu stehen, haben Sie jetzt bei einer anderen Provinz gesehen. Die Regierung hat die ernste Verpflichtung, das, was anerkanntermaßen in der Provinz Westpreußen gefehlt ist, nachzuholen und sich nicht auf einen hyperfiskalischen Standpunkt zu stellen. Ich bitte Sie dringend, den Commissionsvorschlag anzunehmen, Sie werden dadurch die Provinz Westpreußen zu größtem Dank verpflichten, im anderen Fall aber würden Sie die Provinz auf das allertiefste schädigen. (Beifall.)

Minister Maybach: Die Staatsregierung hat bei Abmessung ihrer Forderungen die Verhältnisse der betreffenden Landestheile genau in's Auge gefaßt und die Interessen des Gesammtstaates, sowohl wie der betreffenden Provinz und die Leistungsfähigkeit der letzteren sorgfältig geprüft und danach die Forderungen abgestuft, Soweit es sich um die Bahnen von Walburg nach Groß-Almerode, von Reil nach Traben und von Wengerohr nach Bernkastel handelt, will sie einen Widerspruch gegen die Mehrforderungen seitens der Commission nicht erheben und zwar aus folgenden Gründen: ursprünglich sollte die Stadt Groß-Almerode beim Bau der Linie Halle-Kassel berührt werden. Eigenthümliche Umstände haben damals so wie beim späteren Bau einer Nachbarlinie die Einbeziehung der genannten Stadt in das Bahnnetz verhindert. Es gilt hier also die Sühne eines Verhältnisses oder Verhängnisses. Die beiden Zweigbahnen Reil-Traben und Wengerohr-Bernkastel haben deshalb Anspruch auf besondere Berücksichtigung, weil Ereignisse eingetreten sind, die diese Städte weniger leistungsfähig machen; denn sie haben durch die Ueberschwemmungen beim letzten Eisgang der Mosel bedeutend gelitten. Mit Rücksicht darauf will die Regierung einer Mehrforderung nicht entgegentreten. Im Allgemeinen aber hält sie es für im höchsten Grade bedenklich und der bisherigen Praxis des Hauses widersprechend, wenn sie aus der Mitte des Hauses zu Mehrforderungen gedrängt wird, die nicht durch besonders acute Verhältnisse begründet sind. Welche Consequenzen, welche Verhältnisse nach außen und innen würde das nach sich ziehen? Ich glaube, es wird der Stellung des Hauses mehr entsprechen, im Allgemeinen von Mehrforderungen gegen die Regierungsvorlagen Abstand zu nehmen, in specie auch von einer Mehrforderung zur Bahn Marienburg-Marienwerder-Graudenz. Die Verhältnisse in Westpreußen mögen ja ungünstiger liegen als in anderen Provinzen, das mag anerkannt werden (Hört, hört); aber die hier beantragte Mehrforderung kann ich nicht billigen.

Abg. Herwig: Es erscheint mir als Gebot wirthschaftlicher Klugheit, die Bahn vorläufig als Secundärbahn zu bauen, zugleich aber die Verhältnisse ins Auge zu fassen, die eine Ausgestaltung der Bahn zur vollen in der Zukunft ermöglichen. Weder in der Regierungs- noch in der Commissionsvorlage ist darüber etwas verlautbart, und doch ist diese Eventualität bei der Wichtigkeit der Bahnlinie, auf die schon der Abg. Wehr aufmerksam gemacht hat, sehr zu beachten. Die Länge der Bahn sowohl (150 Kilometer), wie die bestimmte Aussicht auf den Durchgangsverkehr, den sie als bedeutende Abkürzungslinie nach dem Süden wie nach Oberschlesien zu gewinnen wird, machen diese Rücksichtnahme schon bei der ersten Anlage wirthschaftlich und finanziell nothwendig, um so nothwendiger, als die Wasserstraße der Weichsel, auf die man den gesteigerten Verkehr etwa verweisen könnte, 100 Tage im Jahre unfahrbar ist.

Abg. Richter: Wenn wir auch gegen Staatsbahnen sind, so können wir doch die Verpflichtung nicht ablehnen, daß nunmehr acceptirte Staatsbahnsystem durch Secundärbahnen zu fördern. Ich spreche auch nicht gegen die Staatsbahnen, sondern gegen die von der Commission vorgeschlagenen Mehrbewilligungen. Man muß in Beziehung auf zu hohe Bewilligungen für Secundärbahnen vorsichtig sein und nicht glauben, der Staatscredit sei unerschöpflich. Der Abg. Hammacher hat auf den augenblicklichen Cours der Consols hingewiesen; aber bei dem jetzt platzgreifenden Schwindel kann Niemand sagen, wie lange die jetzigen Tagescourse überhaupt Stich halten werden. Gewiß sind unsere Consolscourse hoch, aber deshalb, weil der Unternehmungsgeist im Allgemeinen darniederliegt, weil man noch mehr Vertrauen hat zum Staatscredit als zum Aufschwung der Unternehmungen an sich. Wenn die Regierung hier betont, daß die Geschäfte sich ja zu heben beginnen, so führt sie in dem neuen Reichshaushaltsetat ganz im Gegentheil aus, daß die Erträge aus den Steuern nicht einmal im Verhältniß zur Zunahme der Bevölkerung wachsen und daß keine Merkzeichen eines Aufschwunges vorliegen, der eine höhere Veranlagung der bestehenden Steuer rechtfertigt. Durch die hier wieder beliebte Ausdehnung des Staatsbahnprincips werden allerdings die Gründungen der Privatunternehmer beseitigt, aber viel gefährlicher noch sind die parlamentarischen Gründungen, der Wetteifer der Abgeordneten bei Bewilligung neuer Bahnen und das Ueberbieten der Regierung in den Summen für eine einzelne geforderte Bahn. Was die vorliegende Bahn betrifft, so würden wir uns mit Bewilligung der höheren Summe geradezu in Widerspruch setzen mit der eben erfolgten Bewilligung der ostpreußischen Bahn Allenstein-Mohrungen. Da hier keine höheren Anforderungen an die localen Interessen gestellt werden als dort in Bezug auf die ostpreußische Bahn, so würden Sie mit Bewilligung der höheren Summe sich den Anschein geben, als ob Sie den Südwesten Deutschlands vor Ostpreußen bevorzugen wollten.

Nach meiner Meinung hat die Regierung in der Bemessung der Beiträge der Landschaft eher zu niedrige als zu hohe Forderungen gestellt. Der Abg. Wehr meinte, wir seien dazu da, um zu streichen. Von unserer Wirksamkeit im Streichen habe ich in dieser Session bis jetzt noch sehr wenig gemerkt. Gerade bei diesem Posten ist der Zusatz der Commission der bedeutendste; er übersteigt Alles, was bisher bei den anderen Posten zugesetzt ist. Machen wir uns doch klar, daß wir nicht blos die Aufgabe haben, Wohlthäter einzelner Landschaften zu sein, sondern auch die Interessen der Steuerzahler zu wahren. Gerade die rechte Seite des Hauses hat in Bezug auf Steuerermäßigung sehr große Erwartungen im Lande erweckt und das Haus hat alle Ursache, der Regierung das Unerfülltlassen dieser Erwartungen nicht leicht zu machen. Ueberhaupt wird hier unsere ganze Stellung zur Staatsregierung verschoben; wir hören auf, eine bewilligende, kritisirende, controlirende Körperschaft zu sein, sondern werden eine fordernde, und die Regierung bewilligt uns dann gewissermaßen das Geld. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Vorlage hundert und über hundert ähnliche Vorlagen aus allen Landestheilen hervorrufen wird. Wir werden viele derselben gar nicht ablehnen können nach diesem Rahmen und selbst nicht nach dem engeren Rahmen der Regierungsvorlage. Je liberaler Sie im Einzelnen sind, um so eher wird der weiteren Entwickelung der Secundärbahnen schließlich eine Grenze gesetzt werden. Wenn die von der Regierung gestellten Anforderungen zu hoch sind, mögen die Landestheile sich das überlegen; wir haben keine größere Eile, ihnen die Eisenbahnen zu geben, als sie sie haben, sie zu nehmen. Aber wenn gewisse Landestheile vor anderen Provinzen schon jetzt solche Bahnen bekommen, so erhalten sie dadurch ohnedies schon einen Vorzug, und wir haben keine Veranlassung, denselben auch noch dadurch zu verstärken, daß wir in unseren Bewilligungen über die Regierungsvorlage hinausgehen.

Abg. Rickert: Ich bin in Bezug auf diese Vorlage weder persönlich noch als Abgeordneter interessirt; denn von dem Wahlkreise Danzig behauptet man in der Provinz Westpreußen, und wohl auch mit einigem Grund, daß er alles Interesse habe, gegen diese Bahn zu wirken. Es wird ja schon dem Herrn Ober-Bürgermeister von Winter der Vorwurf gemacht, daß er gegen sie gewirkt. Gleichwohl habe ich mich als Mitglied der Eisenbahn-Commission nach sorgfältiger Prüfung für die Mehrforderung im Sinne der Commission entscheiden müssen. Die Consequenzen einer solchen Bewilligung, die der Abg. Richter fürchtet, hat der Minister bereits gezogen: er hat sich ausdrücklich für die höheren Sätze bei den Bahnen 6, 8 und 9 ausgesprochen, weil Gründe für die Erhöhung vorhanden sind, die die Regierung nicht berücksichtigt habe. Dasselbe trifft bei dieser Bahn zu. Die Regierung hat weder die Leistungsfähigkeit der betreffenden Kreise, noch auch das Interesse des Staates an diesen Linien ziffermäßig so gewürdigt, wie es zu wünschen wäre. Die Ostbahn wurde in den fünfziger Jahren aus Sparsamkeitsrücksichten über Marienwerder, Graudenz u. s. w. gebaut, der ganze Strich auf der anderen Seite der Weichsel hatte gar keinen Vortheil davon, vielmehr erheblichen Nachtheil, namentlich sind die Städte in ihren Verkehrs-Verhältnissen gegen früher erheblich zurückgegangen. Der Staat ist verpflichtet, den Nachtheil, den er den Städten zugefügt hat, gut zu machen und die Sühne dadurch eintreten zu lassen, daß er die Bahn so

ausführt, daß sie, wie der Minister, die Vorlage und der Abg. Wehr es hervorgehoben haben, dem militärischen Interesse des Staates entspricht. Wenn alles das noch keine genügenden Gründe sind, dann giebt es keine. Der Abg. Richter hat Ostpreußen genannt: aber haben die Vertreter dieser Provinz für sie nicht dasselbe und die ganze Leistungsfähigkeit des Staates in Anspruch genommen? Wiederholt haben Sie Petitionen und Resolutionen in dieser Beziehung an die Staatsregierung gerichtet. Es handelt sich hier um eine Militärbahn und zugleich um eine Sühne, wie sie der Herr Minister in Bezug auf Almenrode für nöthig hält.

Da ich den Dingen früher näher stand, namentlich den communalen, so kann und muß ich es aus voller Ueberzeugung sagen, daß die Provinz Westpreußen bei der Auseinandersetzung mit Ostpreußen für eine Reihe von Jahren in der That finanziell schwer gebunden ist, indem sie an den 11 Millionen Verpflichtungen, wie sie keine andere Provinz hat, einen erheblichen Antheil übernommen hat und daß es ihr unmöglich ist, aus eigenen provinziellen Mitteln für diese Bahn einzutreten. Wenn nun die Erhöhung der Bausumme um 5 pCt. bei Wengerohr-Berncastel auf keine Schwierigkeiten stoßen wird, warum die Erhöhung um 7 pCt. bei Marienburg-Thorn für exorbitant erklären? Was den Bau von Secundärbahnen betrifft, so spreche ich es öffentlich aus, daß ich auch nicht weiß, wie wir auf diesem Wege weiter kommen sollen. Wir werden allerdings die Interessen in höherem Grade aufwiegen, aber das ist eine nothwendige Consequenz der Eisenbahnpolitik der Regierung, und auch ihre Gegner, wie der Abg. Richter, werden sich ihr nicht entziehen können: in dem Staatsbahngebiet wird der Staat für Ausbildung des Secundärbahnwesens zu sorgen haben. Wenn Sie dem Treiben der Interessenten hier ein Ende machen wollen, so fassen Sie endlich den Entschluß (leider haben wir die Commission noch nicht dahin bringen können) gewisse und unabänderliche Grenzen für die Bewilligung bei derartigen Bahnen zu stecken, von denen nur ganz ausnahmsweise, wenn die Staatsregierung die Exception begründet, abgegangen wird. Die Staatsregierung hat sich im letzten und in diesem Jahre diesem System widersetzt und es bleibt uns nichts übrig, als uns von Fall zu Fall als Gerichtshof zu constituiren. Ich habe diese Erwägung an die zur Berathung stehende Eisenbahn geknüpft und wünsche, daß Sie in Bezug auf diese wie auf die anderen die Vorschläge der Commission annehmen.

Abg. v. Heyden erklärt sich für Wiederherstellung der Vorlage, d. h. die geringere Summe. Die Provinz Westpreußen sei verschuldet; — wolle man ihr in dieser Weise zu Hilfe kommen, so würden andere Communalverbände, die sich durch eigene Schuld in derselben Lage befinden, mit demselben Anspruch auftreten. Sollte man mit der von der Regierung geforderten Summe nicht auskommen, so könne man sie später immer noch erhöhen.

Abg. v. Eynern: Bezüglich der Eisenbahnlinien sub 6, 8 und 9 ist die Leistungsfähigkeit der Communen bereits derartig angestrengt, daß der Staat Zuschüsse machen muß. So hat z. B. eine einzelne Gemeinde 77 M. pro Kopf für den Bau der sie interessirenden Bahn beitragen müssen. Die Privatbahnen haben allerdings die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zum Theil erschüttert, so daß wohl eine Stadt von 7000 Einwohnern für eine Bahnstrecke von 2¾ Meilen über 1¼ Million beizusteuern hatte. — Aber von den Staatsbahnen habe ich immer gehofft, daß sie die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit der Gemeinden verbessern würden. Im fiscalischen Interesse liegt es auch nicht, den Kreisen große Verpflichtungen aufzuerlegen. Feste Principien für den Bau von Secundärbahnen aufstellen zu wollen, ist es jetzt noch zu früh und, wenn überhaupt, nur an der Hand der Erfahrung möglich.

Das Haus lehnt den Vorschlag der Commission ab und genehmigt die von der Regierung geforderten 9,250,000 M., ebenso ohne Debatte die in Nr. 4 und 5 geforderten 706,000 M. für die Bahn von Schneidemühl nach Deutsch-Crone und 571,000 Mark für die Bahn von Hirschberg nach Schmiedeberg.

In Nr. 6 forderte die Regierung für die Bahn von Walburg nach Groß-Almerode 673,000 M., welchen Betrag die Commission auf 687,000 M. zu erhöhen vorschlägt.

Abg. Hammacher: Die Commission hat eine Erhöhung der Regierungsforderung deshalb beschlossen, weil die Stadt Almerode nicht einmal im Stande ist, den von ihr versprochenen Beitrag von 24,000 M. zu prästiren; wenn die dortigen Verhältnisse wirklich so ärmliche sind, so liegt doch zunächst die Frage sehr nahe, ob es nicht eine Verschwendung des Staatsvermögens ist, für eine solche Gegend überhaupt eine Bahn zu bauen. Ein Interesse an der Bahn haben in erster Reihe die Besitzer der Thonländereien, und es ist daher eine billige Forderung, daß diese auch den Grund und Boden für dieselbe hergeben. Die von der Commission beantragte Erhöhung ist zwar nur gering, ich bitte sie aber des Princips halber abzulehnen.

Abg. Weyrauch empfiehlt den Antrag der Commission. Es handle sich bei dieser Bahn nicht um die Begünstigung einzelner Industriellen, sondern darum, der schon seit dem vorigen Jahrhundert blühenden Thon-Industrie ein weiteres Absatzgebiet zu erschließen.

Abg. Wehr erklärt sich für die Mehrforderungen der Commission, weil er aus seiner Heimath Westpreußen wisse, was eine Gegend zu leiden habe, die ohne Eisenbahn sei.

Hierauf wird der Antrag der Commission angenommen.

In Nr. 7 werden 4,000,000 M. für die Bahn von Emden nach der oldenburgischen Landesgrenze in der Richtung auf Jever, mit einer Abzweigung nach Aurich, gefordert.

Abg. Brons: Bei der gegenwärtigen Bahn handle es sich um ein altes Project der hannoverschen Regierung, welche es auch bei längerem Bestehen durchgeführt haben würde. Die Bahn werde durch die Linie Emden-Jever die westfälische Staatsbahn mit der oldenburgischen verbinden und namentlich der ersteren ein großes Zufuhrsgebiet erschließen. Sie sei ferner von großer Bedeutung für die Küstenvertheidigung. Die Anwohner hätten seit 20 Jahren ein lebhaftes Interesse für dieselbe, und die ostfriesische Landschaft habe mit den Städten die Summe von 515,000 M. zur Beihilfe aufgebracht. Es sei nun die Befürchtung laut geworden, daß diese Summe zum Ankauf des erforderlichen Grund und Bodens nicht genügen werde, den die Staatsregierung fordere. Er hoffe aber, daß nöthigenfalls die Regierung für eine Bahn von solcher Wichtigkeit auch noch eine Mehrbewilligung fordern werde. Es wäre auch für die Interessenten von Wichtigkeit, zu erfahren, ob die Tracirung der Bahn bereits vollendet, damit sie die zu erwerbenden Grundstücke kennen lernten.

Die Position wird hierauf vom Hause bewilligt.

Für die Bahn von Reil nach Traben wurden in Nr. 8 790,000 M., für die Bahn von Wengerohr nach Berncastel in Nr. 9 906,000 M. von der Regierung gefordert. Die Commission hat diese Summe auf 821,800 M. resp. 950,550 M. erhöht. Die Abgg. Knebel und Genossen beantragen die Erhöhung auf 843,000 resp. 980,250 M., die Abgg. Bender (Königsberg) und Quadt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Knebel: Die eigenthümlichen Verhältnisse, die bei dem Bau dieser Bahn in Betracht kommen, rechtfertigen die von uns beantragte Mehrforderung. Obgleich wir nur für den Kilometer ein Mehr von 2000 M. fordern, so ist unser Antrag doch für das Zustandekommen der Bahn entscheidend. Die Opfer, welche die Betheiligten schon zu bringen sich bereit erklärt haben, sind ganz außerordentlich; in Traben und Trarbach betragen sie auf den Kopf der Bevölkerung 77 M. und haben einen Zuschlag von 50 pCt. auf alle directen Steuern nothwendig gemacht. Trotzdem aber reichen diese Opfer nicht aus, um die Bahn zu Stande zu bringen, die einen sehr großen Landstrich südlich und nördlich von der Mosel zu erschließen bestimmt ist. Die Veranschlagung des Grunderwerbs ist namentlich bei dieser Bahn ganz besonders zu niedrig gegriffen worden. Schon im Jahre 1862 haben beide Häuser des Landtages die auf den Bau dieser Bahn gerichteten Petitionen der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen, wir dürften daher wohl jetzt die Pflicht haben, für das Zustandekommen derselben um so mehr zu sorgen, als die Interessenten eine so bedeutende Beihilfe leisten wollen. Die Ausführung ist aber nur möglich, wenn unser Antrag angenommen wird, mit dem der Herr Minister nach seinen vorherigen Erklärungen wohl auch einverstanden sein wird.

Minister Maybach erklärt, um ein Mißverständniß nicht aufkommen zu lassen, daß er zwar mit der von der Commission beantragten Erhöhung einverstanden sei, daß er aber die Nothwendigkeit der im Antrag des Abg. Knebel ausgesprochenen Mehrforderungen nicht zugeben könne.

Abg. Berger spricht in Rücksicht auf die Armuth der Interessenten für den Antrag Knebel und kommt auf die schon früher von ihm angeregte Frage einer Secundärbahn nach Wittlich zurück. Das Bedürfniß für dieselbe bestehe schon seit langer Zeit, die Petition des Ortes sei zugleich mit der von Traben und Trarbach im Jahre 1873 der Staatsregierung vom Hause zur Berücksichtigung überwiesen worden, damit dieselbe entweder die Fortführung des Hauptgleises der Moselbahn nach Wittlich oder eine Secundärbahn dorthin in Erwägung ziehe. Es sei daher sehr befremdlich, daß in der gegenwärtigen Vorlage nicht auch eine Bahn für Wittlich beantragt sei.

Minister Maybach: Die Regierung habe von der Führung des Hauptgleises der Moselbahn über Wittlich seiner Zeit Abstand genommen, weil diese Strecke um drei Kilometer länger gewesen sein würde, als die jetzt gebaute. Eine Zweigbahn nach Wittlich habe die Regierung in Erwägung gezogen; die Kosten seien aber bedeutender, als der Abg. Berger annehme, und die Anwohner hätten ihr Interesse nicht durch das Angebot einer entsprechenden Beihilfe zur Geltung gebracht. Inzwischen habe sich die Stimmung geändert, und es seien bessere Angebote erfolgt. Die Staatsregierung schließe sich dem Wunsche nach dem Bau der Bahn an und halte denselben im Auge.

Nach einigen Bemerkungen des Referenten v. Hammerstein werden vom Hause die Beschlüsse der Commission angenommen, wodurch die Anträge Knebel und Bender gefallen sind.

Der § 2 ermächtigt die Regierung, sich an mehreren Eisenbahnunternehmungen durch Uebernahme von Actien zu betheiligen. Und zwar 1) mit 1,100,000 M. (zur Hälfte in Stammprioritäts-, zur Hälfte in Stammactien) bei dem Bau der Bahn von Alt-Damm nach Kolberg; 2) mit 1,000,000 M. bei dem Bau der Bahn von Stargard über Pyritz nach Küstrin und 3) mit 188,000 M. bei dem Bau der Bahn von Neustadt nach Oldenburg (in Schleswig-Holstein). In Bezug auf die Nr. 2 hat die Commission eine Erhöhung der Betheiligung auf 1,340,000 M. vorgeschlagen.

Abg. Richter: Die Commission ist ja sehr freigebig gewesen, aber ich weiß nicht, weshalb in diesem Falle eine Erhöhung von 340,000 M. vorgeschlagen ist; in dem Berichte sind ausreichende Gründe nicht angegeben. Man hat mir auf meine Nachfrage geantwortet, daß ein Mitglied der Commission, welches dort seinen Wahlkreis hat, mitgetheilt habe, es fehle gerade so viel, und da hat man es gegeben.

Abg. Dr. Weiß (gewählt in Landsberg-Soldin): Wenn die Commission nach langen mühevollen Sitzungen dahin gekommen ist, den Betrag zu erhöhen, so muß doch etwas dahinter stecken. (Heiterkeit.) Niemand steht so schlecht in Bezug auf die Eisenbahnen wie ich; ich habe 5 Meilen, zumeist Landweg, bis zur Eisenbahn zu fahren. Redner motivirt die Mehrforderung damit, daß die Bahn ein bedeutendes militärisches und wirthschaftliches Interesse habe; die Verbindung mit Stettin nutze den betreffenden Kreisen nicht, sie wollten an die Ostbahn angeschlossen sein, um mit Berlin in Verkehr zu treten. Die Kreise und die Städte, fährt Redner fort, haben große Opfer gebracht, um das Capital für diese Bahn zu beschaffen; es fehlen noch 200,000 M., und wenn der Staat uns nicht zu Hilfe kommt, wird die Bahn nicht zu Stande kommen. Ich erinnere Sie an das Beispiel von dem Esel, den der Gärtner schwer belastete, und als er noch eine Kleinigkeit hinzufügte, brach der Esel zusammen. So, meine Herren! haben wir Alles gethan und können größere Summen nicht aufbringen. Was sind denn auch für einen Staat wie Preußen 340,000 M.! Ich bitte, den Commissionsantrag anzunehmen.

Minister Maybach erklärt sich gegen denselben, da er von dem in Bezug auf Secundärbahnen aufgestellten Princip, daß der Staat ein Sechstel des Betrages übernehmen solle, abweiche.

Der Commissionsantrag wird abgelehnt und in allen drei Punkten die Regierungsvorlage angenommen. Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte erledigt.

Zu diesem Gesetze hat die Commission folgende Resolutionen beantragt: „1) Die Regierung zu ersuchen, a. dahin zu wirken, daß für die lediglich oder fast ausschließlich dem Localverkehr dienenden Eisenbahnen minderer Ordnung noch weiter gehende Erleichterungen in Bezug auf die gegenüber der Militär-, Post- und Telegraphenverwaltung zu übernehmenden Verpflichtungen für zulässig erklärt, bezw. gesetzlich festgestellt werden; b. auch den Bau von schmalspurigen Localbahnen in geeigneten Fällen staatsseitig zu fördern; c. für die lediglich oder fast ausschließlich dem Localverkehr dienenden Eisenbahnen minderer Ordnung anderweitige Concessionsbedingungen als die der Anlage B zu Anlage 3 enthaltenen aufzustellen, für dieselben namentlich größere Befugnisse in Betreff der Festsetzung der Tarife, der Wagenklassen und des Fahrplans zu stipuliren. 2) Zur Zeit von einer Aeußerung über die in der Vorlage enthaltenen Grundzüge für die Gewährung staatlicher Beihilfen zu dem Bau von Localeisenbahnen abzusehen."

Abg. Rickert; Ich bedauere sehr, daß nicht der Herr Minister vor mir das Wort genommen hat, so daß ich auf seine Erklärungen Bezug nehmen könnte. Diese Resolutionen enthalten nicht das, was im Interesse der Secundärbahnen nothwendig gefordert werden muß, sondern sie sind nur ein schwächlicher Compromiß der verschiedenen in der Commission hervorgetretenen Meinungen. Das Haus ist heute nicht in der Stimmung, einen präciseren Beschluß anzunehmen. Ich wünsche aber, daß die Regierung ihre bisherige Principienlosigkeit in dieser Angelegenheit aufgiebt und einen klar begrenzten Standpunkt einnimmt. Entweder entscheidet man von Fall zu Fall, wie bisher bei uns, oder man entwirft, wie in Frankreich und Italien, einen auf mehrere Decennien berechneten Plan, welcher die Leistungen des Staats einerseits und die Leistungen und Pflichten der Communen und Interessenten andererseits feststellt. Im ersteren Falle werden die Interessenten gegen einander kämpfen und diejenigen, welche den Minister am meisten quälen, werden etwas erhalten. Ich glaube, die Regierung muß den zweiten Weg einschlagen. Sie darf aber in diesem Falle die Bedingungen für die Secundärbahnen nicht in die Zwangsjacke der hier vorgelegten Normal-Concessionsurkunde zwängen. Diese enthält keine Erleichterung, sondern ist nur eine Wiederholung der früheren Bedingungen für die Vollbahnen, welche man sogar nicht bei allen Vollbahnen mit gleicher Strenge aufrecht erhalten hat. Das Endresultat dieser Normal-Concessionsurkunde ist, daß die Communen Alles bezahlen, und daß der Minister Alles bestimmt, sogar die Tarife. Wenn Sie nicht innerhalb gewisser Schranken den Secundärbahnen Tariffreiheit geben, dann muß auch der Staat sie bauen; denn die finanziell jetzt hart bedrängten Communen können nicht zu den Chausseen noch das Risico unrentabler Secundärbahnen übernehmen. Erst ruft man immer nach Bahnen, die nur etwas billiger sind als der Frachtfuhrmann, sind sie aber da, dann schreit man über Monopol, Ausbeutung u. s. w. (Sehr richtig.) Ich wünsche auch, daß der Minister und die Regierung gegen ihr Stiefkind, die Schmalspur, eine wohlwollendere Haltung als bisher einnimmt, wie dies jetzt auch die sächsische Regierung thut; denn die Techniker überzeugen sich jetzt, daß die Kosten der Umladung nicht so erheblich ins Gewicht fallen, als man bisher glaubte. Diese Resolutionen sind ein Minimum. Ich hoffe, daß wir schon in der nächsten Session zu einer gesetzlichen Normirung der Bedingungen für den Bau von Secundärbahnen kommen werden.

Minister Maybach: Mit dem Inhalt der Resolution erkläre ich mich einverstanden. Ich erstrebe keinen ungebührlichen Einfluß auf die Entwickelung des Secundärbahnwesens. Dieses hat im Laufe der Zeit bei uns eine ganz andere Gestaltung angenommen, als es anfangs hatte. Secundärbahn ist bis jetzt nur eine negative Bezeichnung aller derjenigen Bahnen, welche nicht Vollbahnen sind, und in diesen weiten Rahmen fallen Nebenbahnen erster bis vierter Klasse. Wir haben jetzt im Einverständniß mit den Reichsorganen Normativbestimmungen für Nebenbahnen erster Klasse getroffen, aber vorgesehen, daß nach Bedürfniß weitere Erleichterungen eintreten können, und auf solche für Nebenbahnen zweiter bis vierter Klasse beim Reiche hinzuwirken bin ich bereit. Es muß natürlich der Landesvertheidigung überlassen bleiben zu bestimmen, unter welche Kategorie jede Bahn zu subsumiren ist. Ich halte es aber nicht für die Entwickelung unseres Secundärbahnwesens, die verschieden ist von derjenigen in anderen Ländern, für zuträglich, schon jetzt jede Bahn unter eine bestimmte Kategorie zu subsumiren, sondern wir müssen nur durch die Erfahrung Material für die künftige Gesetzgebung sammeln. In dem Tarifwesen müssen wir mit dem Reich rechnen, aber auch dort wird kein Bedenken dagegen sein, den Secundärbahnen darin eine erhebliche Latitude zu gestatten. Eine vollständige Freiheit desselben ist im Interesse des öffentlichen Verkehrs nicht möglich. Ich bin kein Gegner der Schmalspur an sich. Ich kann mich nur finanziell nicht für sie erwärmen, so lange das Bedürfniß des Landes nach normalspurigen Secundärbahnen nicht befriedigt ist.

In einzelnen Fällen wird die Regierung auch schon jetzt Schmalspurbahnen unterstützen können, z. B. die bei Langenschwalbach projectirte, ohne Widerspruch von militärischer Seite zu finden. Im Allgemeinen nimmt die Regierung den Secundärbahnen gegenüber eine wohlwollende Haltung ein, wo nicht im Interesse des öffentlichen Verkehrs und der Landesvertheidigung größere Ansprüche gestellt werden müssen, und sie hofft, daß sie durch die neue Eisenbahnpolitik den Anforderungen des Landes in dieser Beziehung wird genügen können.

Abg. Schmidt (Stettin) lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die von der mecklenburgischen Regierung entworfenen Normativbestimmungen für Secundärbahnen.

Referent Kalle glaubt nicht, wie der Abg. Rickert, daß schon in der nächsten Session eine gesetzliche Regelung des Secundärbahnwesens möglich sein wird.

Die Resolutionen werden angenommen.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Eisenbahnvorlagen; Verwendung der Reichssteuern; hannoversches Höferecht.)

Herrenhaus. 13. Sitzung vom 3. Februar.

12 Uhr. Am Ministertische: Lucius, Friedberg, Graf Stolberg und mehrere Commissarien.

Zunächst tritt das Haus in die Berathung über die geschäftliche Behandlung des Feld- und Forstpolizeigesetzes und des Gesetzentwurfes, betreffend das Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen.

Die erstere Vorlage wird auf den Antrag v. Bernuth's der um 4 Mitglieder der Justizcommission verstärkten Agrarcommission, die letztere auf Vorschlag des Präsidenten einer besonderen Commission von 15 Mitgliedern und endlich der Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes der Gemeindecommission überwiesen.

Es folgt der mündliche Bericht der Budgetcommission über die Denkschrift über die gemäß § 20 des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 ausgeführte erstmalige Revision der Gebäudesteuer-Veranlagung.

Auf den Antrag des Berichterstatters Dr. Baumstark wird dieselbe durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Es folgt der mündliche Bericht derselben Commission über die Uebersicht von den Staats-Einnahmen und -Ausgaben des Jahres vom 1. April 1878—79.

Auf Antrag des Berichterstatters Graf v. d. Schulenburg-Angern beschließt das Haus: I. die Etatsüberschreitung bei Capitel 7 Titel 39 der Ausgaben für den „Neubau des Regierungs- und Oberpräsidial-Gebäudes zu Schleswig und Ausstattung desselben mit Mobiliar in Höhe von 101,490 Mk. 36 Pf. vorläufig nicht zu genehmigen; II. vorbehaltlich der bei der Prüfung der Rechnungen sich ergebenden Erinnerungen die nachgewiesenen Etatsüberschreitungen für das Jahr 1878—79 in Höhe von 22,809,997 Mk. 69 Pf und die nicht auf gesetzlichen Bestimmungen beruhenden außeretatsmäßigen Ausgaben für dasselbe Etatsjahr in Höhe von 1,123,274 Mk. 21 Pf. nachträglich zu genehmigen.

Es folgt die einmalige Schlußberathung über den einunddreißigsten Bericht der Staatsschulden-Commission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Rechnungsjahre vom 1. April 1878/79.

Auf den Antrag des Berichterstatters Graf von der Schulenburg-Angern beschließt das Haus, der Hauptverwaltung der Staatsschulden für die vorgelegten Rechnungen die Decharge zu ertheilen.

Den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Fischereigesetzes für den preußischen Staat vom 30. Mai 1874, beantragt der Referent v. Behr-Schmoldow, in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen veränderten Fassung anzunehmen, worin ihm der Reg.-Comm. Geh. Faustenau beistimmt. Das Haus beschließt demgemäß.

Der Gesetzentwurf, enthaltend Bestimmungen über das Notariat, wird auf den Antrag des Referenten Struckmann ohne Debatte nach den Beschlüssen der Justizcommission angenommen; nur wird auf Antrag des Herrn Adams ein Zusatz angefügt, wonach die hannoverschen Notare von dem eigenhändigen Schreiben der Urkunden entbunden werden.

Außerdem gelangt folgende von der Commission beantragte Resolution zur Annahme: „Die Regierung wird ersucht, falls das baldige Zustandekommen einer Notariatsordnung für das Deutsche Reich nicht zu erwarten, darauf Bedacht zu nehmen, daß die gegenwärtigen verschiedenen Notariatsordnungen durch eine einheitliche revidirte Notariatsordnung ersetzt werden.

Schluß 2¾ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Hinterlegungsordnung; Feld- und Forstpolizeigesetz; Petitionen.)

Berlin, 3. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Eisenbahn-Stations-Vorsteher 1. Klasse Georg Schmidt zu Hannover den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Kreis-Wundarzt des Kreises Berncastel, Ernst Herzog zu Morbach, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Büchsenmacher Kadeiser beim Rheinischen Kürassier-Regiment Nr. 8 das Kreuz der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Kirchschullehrer und Rector Jaschinski zu Claussen, im Kreise Lyck, den Adler der Inhaber desselben Ordens verliehen.

Dem Herrn Paul Möller ist das Exequatur als Vice-Consul der Vereinigten Staaten von Amerika in Hamburg Namens des Reiches ertheilt worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Carl Rothe am Gymnasium zu Thorn ist zum Oberlehrer befördert worden.

In der am 21. November v. J. und folgenden Tagen zu Berlin abgehaltenen Turnlehrerinnen-Prüfung haben das Zeugniß der Befähigung zur Ertheilung des Turnunterrichtes an Mädchenschulen erlangt (wir führen nur die in Schlesien Angestellten an): Arndt, Lehrerin zu Beuthen OS., Molke, desgl. zu Beuthen OS., Radbyl, desgl. zu Beuthen OS., Ruske, Kindergärtnerin zu Lublinitz, Seyffarth, Martha, zu Liegnitz, Wäldner, Lehrerin zu Beuthen OS.

Berlin, 3. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing gestern Nachmittag um 4 Uhr den Reichskanzler Fürsten von Bismarck. Heute Vormittag hörte Se. Majestät die Vorträge des Polizei-Präsidenten von Madai, des Chefs der Admiralität, Staats-Minister von Stosch, sowie des Chefs des Militär-Cabinets, General-Adjutanten von Albedyll, und nahm im Beisein des commandirenden Generals des Garde-Corps, Prinzen August von Württemberg, Königliche Hoheit, des Gouverneurs, General der Infanterie von Fransecky und des Commandanten, General-Lieutenants Grafen Wartensleben, militärische Meldungen entgegen.

[Beide Kaiserliche Majestäten] waren am Sonnabend auf dem Balle des Kriegs-Ministers anwesend.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] war gestern im Krankenhause Bethanien und begrüßte Abends auf dem Ostbahnhofe Ihre Kaiserliche Hoheit die Herzogin von Edinburgh, welche, in Begleitung Ihrer Kaiserlichen Mutter, nach Rußland reisend, durch Zeitmangel verhindert wurde, die Kaiserlichen Majestäten im Palais zu besuchen. (R.-Anz.)

Berlin, 3. Februar. [Ankauf deutscher Consols in London.] Die Regierung beginnt jetzt einem Gegenstande große Aufmerksamkeit zuzuwenden, der, so harmlos, ja erfreulich er aussieht, doch möglichenfalls für die Zukunft große Bedenken erregen kann, nämlich dem Ankauf unserer Consols in London. Man freute sich zuerst darüber und gewissermaßen mit Recht, denn es zeigt das gute Vertrauen, das man im Auslande den preußischen und deutschen Finanzen entgegenbringt (denn auch Reichsanleihe wird drüben stark gekauft), und daß die Engländer ein sicheres 4procentiges Papier gern nehmen, da ihr eigener Zinssatz niedriger ist, ist ganz natürlich; ebenso daß von hier aus diese Werthe gern verkauft werden. Denn wir sind ein armes Land, wir können mit 4 pCt. nicht auskommen. Aber nun liegt die Gefahr nahe, oder vielmehr es ist nicht nur die Gefahr, sondern es ist wirklich schon Thatsache, daß wir nun das freiwerdende Geld in höher rentirenden Papieren, namentlich in russischen und österreichischen Anleihen, placiren. Kommt aber in diesen Ländern irgend eine politische oder finanzielle Katastrophe vor, so fallen diese Papiere bedeutend, unser Nationalvermögen erfährt die stärksten Verluste, und sollte es ja einmal zu einem Kriege kommen, so führt das Ausland diesen Krieg mit unserem Gelde. Das ist die Schattenseite dieser so ehrenvollen und an sich erfreulichen englischen Ankäufe unserer Staatspapiere, und dieser Seite beginnt die Regierung jetzt große Aufmerksamkeit zuzuwenden; wie sie dem steuern kann, ist allerdings noch nicht abzusehen, aber irgend ein Mittel ist sie, wie wir hören, entschlossen aufzufinden.

= **Berlin**, 3. Febr. [Zur Frage der Nachsession. — Die neuen Steuervorlagen. — Der Entwurf über das Faustpfandrecht für Pfandbriefe.] Die brennende Frage in den parlamentarischen Kreisen betrifft, wie leicht erklärlich, die Eventualität der Nachsession. Fürst Bismarck, der sich, wie wir mit Bestimmtheit erfahren, anfänglich entschieden dagegen ausgesprochen hatte, soll jetzt weniger dem Plane einer Nachsession abgeneigt sein. Besonders gut orientirte Personen wollen indessen wissen, daß, wenn es zu einer Nachsession käme, Gegenstände von besonderer Tragweite, welche mit den Verwaltungsgesetzen nichts zu thun haben, den Hauptanlaß zu derselben bieten möchten. Wir sind genöthigt, uns für heute auf diese Andeutungen zu beschränken, weil sich zur Zeit noch nicht übersehen läßt, wie weit nähere Mittheilungen Glauben verdienen. Inzwischen heißt es, die Regierung werde die Entscheidung über eine Nachsession von dem Gange der

Commissionsberathungen über die Verwaltungsgesetze abhängig machen. In dieser Beziehung kann gemeldet werden, daß in der Commission am Sonnabend die zweite Lesung des Entwurfes über die Organisation der Verwaltungsbehörden beginnen soll. Man nimmt an, dieselbe werde 4 bis 5 Sitzungen in Anspruch nehmen und der Referent im Stande sein, etwa bis zum Zusammentritt des Reichstages den Bericht an das Haus zu bringen. Von einer Durchberathung desselben noch in dieser Session kann keine Rede sein. — Daß außer Brausteuer und Börsensteuer auch eine Quittungssteuer dem Reichstage zugehen soll, wird jetzt selbst von den Officiösen zugegeben; über Inseratensteuer und Wehrsteuer scheinen die vorbereitenden Arbeiten noch im Rückstande. Mittlerweile erfährt man über die Wehrsteuer das Folgende: Es ist beabsichtigt, jedem Manne, der vom Militärdienst befreit ist und zwar ohne Rücksicht auf den Grund der Befreiung, also auch wegen körperlicher Gebrechen, für die Dauer der zwölfjährigen Dienstzeit alljährlich eine Steuer aufzuerlegen und zwar bis zu einem Einkommen von 1000 Mark jährlich 4 Mark und dann mit einem festen Procentsatz von höherem Einkommen. Es ist berechnet worden, daß dadurch ein Ertrag erzielt wird, welcher die Mehrausgaben für den Militäretat nahezu deckt. Ob und wie weit nun diese Intentionen greifbare Gestalt gewinnen werden, bleibt abzuwarten; jedenfalls sind sie augenblicklich Gegenstand der Erwägung. — Dem Bundesrathe ist nunmehr auch der Entwurf eines Gesetzes betr. das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen zugegangen. Der Entwurf umfaßt 52 Paragraphen und zerfällt in sieben Abschnitte: 1) Bestellung des Faustpfandrechts, 2) Vertretung der Pfandbriefgläubiger, 3) Zwangsliquidation, 4) Kostenbestimmungen, 5) Strafbestimmungen, 6) Communalobligationen und 7) Schlußbestimmungen. Bekanntlich sollte der Entwurf schon in der vorigen Session an den Reichstag gelangen; derselbe ist mit sehr umfassenden Motiven versehen, wie man sich erinnern wird, aus einer Conferenz von Sachverständigen hervorgegangen, welche der damalige Staatssecretär im Reichsjustizamt Dr. Friedberg im Spätherbst 1878 einberufen hatte. Wie wir hören, hat der ursprüngliche Entwurf im Reichsjustizamt eine nochmalige Prüfung erfahren, ohne indessen in erheblicher Weise modificirt worden zu sein. Die ohnehin schon wichtigen Aufgaben des Reichstages erhalten durch den Entwurf eine belangreiche Erweiterung.

[Marine.] S. M. Kanonenboot „Hyäne", 4 Geschütze, Commandant Capt.-Lt. v. Glöden, ist am 1. d. M. in Valparaiso eingetroffen.

—ch. **Von der sächsischen Grenze**, 3. Febr. [Sächsischer Forstetat. — Die Regierungspresse in Sachsen. — Consumverein der Dresdener städtischen Beamten.] Bei Feststellung des Etats der Forstverwaltung hat die zweite Kammer in Sachsen sich eingehend mit den Ursachen des Rückganges in den Erträgen der Forstnutzungen beschäftigt. Der Eine fand den Grund in dem Verkaufsmodus; nicht auctionsweise, sondern freihändig solle die Regierung verkaufen, da werde sie andere, bessere Resultate erzielen. Schade war es, daß der Finanzminister den Nachweis führen konnte, daß die Regierung die Freihandverkäufe im Großen schon eingeführt hat — der gute Rath also zu spät kommt, überdies der Verkaufsmodus bisher keine Wirkung auf die Preise ausgeübt hat. Ein Anderer schob die Schuld auf die Differentialfrachten, welche den Transport ungarischer und galizischer Hölzer begünstigten. Der Finanzminister aber wies darauf hin, daß die billige Erwerbung ungarischer und galizischer Wälder die Holzpreise in weit höherem Maße beeinflußt, als alle übrigen Momente. Die Deputation der Kammer erwartet einen Aufschwung der Forstnutzungen von den neuen Zöllen auf Holz — indeß sind wohl Zweifel erlaubt, ob diese Wirkung eintreten wird. Die enormen Schneebrüche in den böhmischen Grenzwaldungen während dieses Winters machen durch manche Berechnung einen dicken Strich, denn die Besitzer der großen Waldungen sind in der Lage, ihr Holz selbst zu den billigsten Preisen losschlagen zu müssen, um es nur aus dem Walde zu schaffen. — Die officielle Presse der sächsischen Regierung, die „Leipziger Zeitung" und das „Dresdener Journal", bringt einen Ueberschuß von 17,768 M., d. h. das ist die Summe, welche von dem Ueberschusse aus dem Ertrage der „Leipziger Zeitung" übrig bleibt, nachdem 27,760 M. Zuschuß an das „Dresdener Journal" in Abzug gebracht sind. Die Zuschüsse, welche das „Dresd. Journ." in Anspruch nimmt, haben in den Abgeordnetenkreisen den Wunsch rege gemacht, das Journal eingehen zu lassen, doch hat man sich damit begnügt, der Regierung eine Abminderung des allerdings ungewöhnlich starken Redactions- und Expeditions-Personals des „Dresd. Journ." zu empfehlen. — Die Bildung eines Consumvereins der städtischen Beamten in Dresden hat zuerst viel Staub aufgewirbelt. Da die Materialwaarenhändler sich aber überzeugt haben, daß der Verein trotz ihrer Angriffe fortbesteht, haben sie den sehr verständigen Beschluß gefaßt, einen Verein ins Leben zu rufen, der ihre gemeinsamen Interessen wahren soll.

Vorträge und Vereine.

⁑ **Breslau**, 3. Febr. [Die Vorträge im Magdalenäum] zum Besten der für die Wittwen und Waisen der Anstaltslehrer gegründeten Schönborn-Stiftung eröffnete Herr Director Dr. Heine am 11. Januar. Er sprach über Göthes Mahomet und Prometheus, und schilderte zuerst die Persönlichkeit des jungen Göthe im Zusammenhang mit seiner Zeit und namentlich den Bestrebungen der Dichter der Sturm- und Drangperiode. Ein ungestümer Drang, die höchsten Probleme des menschlichen Geistes in dichterischen Gestalten auszuprägen, beseelt Göthe in den Jahren zwischen seinem Straßburger Aufenthalt und der Uebersiedelung nach Weimar, wovon außer den genannten Stücken nameutlich der Faust Zeugniß giebt. Die Fragmente des Mahomet, die im Jahre 1846 von Schell veröffentlicht sind, wurden vorgelesen und Plan und Tendenz des Stückes nach der Angabe, welche Göthe selbst in „Wahrheit und Dichtung" macht, besprochen. Das Stück zeigt mannigfache Anklänge an die in derselben Zeit entstandenen Theile des Faust. Dasselbe gilt von dem Prometheus. Nach einer genaueren Exposition der erhaltenen Fragmente des Stückes wurde zuerst auf die Frage des Zusammenhangs zwischen diesen und dem Monolog Prometheus eingegangen, der nach einem Briefe Göthes an Zelter den Eingang zum dritten Act bilden sollte, dann wurden die so zweifelhaften Fragen, was Göthe zu der Behandlung des Stoffes veranlaßt, was er mit dem Stücke bezweckt und wie er etwa dessen Ausführung sich gedacht habe, näher besprochen.

Den zweiten Vortrag hielt am 18. Januar Professor Dr. Palm über Breslaus Angst- und Nothjahre im dreißigjährigen Kriege. Er schilderte eine Reihe von inneren und äußeren Ereignissen, welche vom Herbst 1632 bis zum April 1636 mit geringen Unterbrechungen die Stadt in beständigem Schrecken und Aufregung erhielten. Sie begannen nach der Niederlage der kaiserlichen Armee durch die verbündeten Schweden, Sachsen und Brandenburger bei Steinau mit dem Erscheinen beider feindlichen Heere auf den entgegengesetzten Ufern der Oder vor der wohlbefestigten Stadt, welche nun von beiden Parteien Nöthigungen erfuhr, ihre Neutralität aufzugeben. Die Kaiserlichen brannten dabei die an Stelle der jetzigen Lessingbrücke damals seit 1474 bestehende lange Holzbrücke ab, die einzige Verbindung der Oderufer außerhalb der Festungswerke. Der Versuch des damals mit fast despotischer Gewalt in Schlesien und Breslau herrschenden kaiserlichen Kammerfürsten K. H. von Dohna, durch einen vom Walle aus in's schwedische Lager bei Dürgoy gerichteten Kanonenschuß die Stadt in Verwickelungen mit den Verbündeten zu bringen, veranlaßte einen heftigen Tumult der Bürger und endete mit der Verjagung des bitter gehaßten Mannes. Nach Abzug der kaiserlichen Armee bemächtigten sich die Sachsen und Schweden des unbefestigten Domes und Sandes, verheerten die Kirchen und Wohnungen der Geistlichen, setzten sich dort fest und blieben bis Ende 1636. Nach mehrwöchentlichen Verhandlungen mit den Führern der evangelischen Armee entschloß sich der Rath, die Verpflegung jener Besatzung zu übernehmen; in die Stadt selbst wurde keine Garnison von jenen aufgenommen. Mehr erreichte der sächsische Feldmarschall Arnim im folgenden Jahre 1633. Während Wallenstein im Sommer um Schweidnitz, die Verbündeten um Zobten in vielwöchentlichem Waffenstillstande sich gegenüber lagerten und ihre Heere durch Pest und Mangel furchtbar litten, erschien jener General im August in Breslau und brachte durch seine vor einem großen Ausschuß aus Rath und Bürgerschaft gehaltene glänzende Rede es dahin, daß die Stadt und mit ihr die drei evangelischen Herzöge von Brieg, Liegnitz und Oels in eine sogenannte Conjunction mit den verbündeten Armeen traten, von welcher nur die letzteren den Gewinn reichlicheren Unterhalts, die ersteren dagegen nur Nachtheil hatten, zumal die evangelischen Mächte das Bündniß nicht ratificirten. Inzwischen war in der mit Flüchtlingen überfüllten Stadt auch die Pest ausgebrochen und hatte bald so furchtbare Dimensionen angenommen, wie niemals weder früher noch später. Belief sich doch die Zahl der bei den evangelischen Kirchen angemeldeten Todten in diesem Jahre auf 13,321. Dazu erschien im October als Feind der kaiserliche General von Schaffgotsch nach seinem Siege über die Schweden bei Steinau mit seinem Heere und forderte von der Stadt Ergebung und Auflösung ihres Verhältnisses zu der Besatzung des Domes. Nur letzteres wurde wieder erst nach mehrwöchentlichen Unterhandlungen, als die Noth in der Stadt auf den höchsten Grad gestiegen war, erreicht, und nun erst konnten die Kaiserlichen zum Angriffe auf die Dombesatzung sich anschicken, der aber durch einen nächtlichen Ausfall der letzteren gänzlich scheiterte und mit dem Abzuge von Schaffgotsch endete. Leider brannte dabei der südliche der beiden Domthürme aus und verlor seine Spitze. (Zwar wurde diese 1668 wieder aufgebaut; in einem neuen Brande 1759 stürzten aber beide Thürme bis zur Gallerie ein und erhielten bei ihrem Aufbau ihre jetzigen stumpfen Dächer.) Die nun mit der Stadt verfeindeten Sachsen und Schweden erzwangen durch unerträgliche Plackereien nach etlichen Wochen im Februar 1634 den Rücktritt der ersteren zum früheren Verhältniß, also einen neuen Abfall vom Kaiser. Dieses Jahr verlief zunächst günstig für die wieder auflebende Stadtgemeinde. Arnim kehrte mit einer sächsischen Armee nach Schlesien zurück, schlug die kaiserliche bei Liegnitz, ängstigte nun aber seine Verbündeten durch unerschwingliche Ansprüche. Im Sommer tagte in Breslau eine Versammlung der evangelischen Fürsten und Stände, die sich der That nach vom Kaiser schon ganz losgelöst hatte. Da änderte aber die für die Schweden so unglückliche Schlacht bei Nördlingen (5. September) die ganze Sachlage. Der Kurfürst von Sachsen schloß mit dem Kaiser zu Prag 1635 Frieden, nachdem er sich vergebens bemüht hatte, den Schlesiern die freie Uebung ihres evangelischen Bekenntnisses zu sichern. Diese Freiheit wurde nur den evangelischen Fürsten und ihren Unterthanen und der Stadt Breslau belassen, die sich dafür aber zu einem demüthigenden Bekenntnisse des Treuebruchs und einer neuen Huldigung des Kaisers verstehen mußten. Breslau verlor außerdem noch die Landeshauptmannschaft im Fürstenthume, d. h. die Jurisdiction des Rathes über alle, auch die adeligen Insassen des etwa 43 Quadratmeilen umfassenden Ländchens. Nach all' diesen aufregenden Ereignissen folgte im Januar 1636 noch eine höchst gefährliche Emeute der Stadtsoldaten, die sich weigerten, den Eid des Gehorsams für den Kaiser abzulegen. Sie führte zu sehr schlimmen Excessen, zuletzt zu Mord und Todtschlag, bis endlich erst im April Rath und Bürgerschaft des tobenden Soldatenhaufens Herren wurden, deren 11 hingerichtet wurden. Damit endeten zwar keineswegs alle Plagen für die Stadt, aber doch die schwersten dieses Krieges; Muth und Kraft ihrer Bewohner waren freilich, wie überall im Deutschen Reiche, auf länger als ein Jahrhundert gänzlich gebrochen.

—d. **Breslau**, 2. Februar. [Bezirksverein für die Nicolai-Vorstadt.] In der heut in der Rösler'schen Brauerei auf der Friedrich-Wilhelmsstraße unter dem Vorsitz des Maurermeisters Simon abgehaltenen und zahlreich besuchten Versammlung hielt zunächst Prorector Dr. Breitsprecher einen anregenden Vortrag über „eigenthümliche Erscheinungen an der Erde, Sonne und Mond". Der Vorsitzende theilte demnächst mit, daß folgende Deputirte der Commissionen in den Vorstand eingetreten seien: Raths-Zimmermeister Jitschin, Kaufmann und Bezirksvorsteher Mindner, Kaufmann M. Altmann, Seifenfabrikant O. Wecker, Dr. phil. Badt, Prorector Dr. Breitsprecher, Kaufmann J. Ephraim, Kaufmann und Armendirector A. Kuschel, Restaurateur und Armenvater C Bänsch und Schmiedemeister und Bezirksvorsteher Vogt. — Nach einer weiteren Mittheilung des Vorsitzenden haben die für die Suppenanstalt vor dem Nicolaithor gezeichneten Beiträge die Summe von 2728 Mark erreicht. Weitere Beiträge nimmt der Schatzmeister, Kaufmann P. Löwenstädt (Friedrich-Wilhelmsstraße 12) entgegen. — Das Schreiben und Gesuch des Vorstandes des Asylvereins für Obdachlose um Zuführung neuer Mitglieder, sowie ein Antrag aus der Versammlung, dem Asylverein 50 Mark Unterstützung aus der Vereinskasse zu gewähren, werden der Commission für humane Zwecke zur Berichterstattung überwiesen. — Dem Kassirer des Vereins, Herrn Rosemann, wird dankend Decharge ertheilt. — Im Anschluß an eine frühere Frage, ob sich der Verein nicht dafür interessiren wolle, daß der neu zu errichtende Schlachthof vor das Nicolaithor komme, referirte Seifenfabrikant O. Wecker über die Schlachthofsfrage im Wesentlichen Folgendes: Zunächst müsse er (Referent) bemerken, daß die Aussichten auf Verlegung des beregten Etablissements vor das Nicolaithor sehr mißliche seien. Magistrat habe anfänglich selbst die Absicht gehabt, den Schlachtviehmarkt und Schlachthof vor das Nicolaithor zu legen, und zwar sollten hierzu die städtischen Hospital-Wiesen und ein zu erwerbendes Stück fiscalisches Terrain hinter der Kaserne des 10. Infanterie-Regiments verwendet werden. Obwohl der Militärfiscus das qu. Terrain gern verkaufen möchte, so wolle er doch auf keinen Fall zugeben, daß ein derartiges Institut in die Nähe der Kaserne komme. Magistrat habe in Folge dessen seine Absicht aufgegeben, da er annehme, daß der Militärfiscus seinen Einspruch aufrecht erhalten werde. Man habe nun das Augenmerk auf die von Dravizius'schen Baumschulen mit Einschluß des „Bergkeller" gerichtet. Dieses Project sei von vornherein am Kostenpunkte gescheitert, da die Preisforderung für den „Bergkeller" allein die Ausführung unmöglich mache. Nunmehr wünsche Magistrat, daß der Schlachthof mit dem Schlachtviehmarkte auf das Terrain hinter dem Hospital-Kirchhof und der neuen Gasanstalt (seitwärts der Trebnitzer Chaussee nach der alten Oder zu) verlegt werde. Nachdem Redner einen Ueberblick über die Frequenz des Schlachthofes und seine Rentabilität gegeben, führt er aus, daß der letztgenannte Platz in den betreffenden Geschäftskreisen auf eine nicht unbedeutende Opposition stoße. Die erhobenen Einwände gegen diesen Platz richteten sich auf die weite Entfernung desselben von der Stadt, auf die in Aussicht stehende Ueberlastung der Universitätsbrücke, die schon für den jetzigen Verkehr des Fuhrwerks und der Straßenbahn zu schmal sei, auf die unzulängliche Unterführung der Trebnitzer Chaussee unter der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn, auf die Nähe der Gasanstalt, deren Gase auf das frische Fleisch schädlich einwirken könnte, auf den Mangel fortwährend fließenden Wassers und endlich auf die Anlage kostspieliger Canäle. Dieser Platz sei darum nicht zu empfehlen. Dagegen besitze die Stadt einen geeigneten Platz hinter den Militär-Schießständen, und zwar in der „Zankholzwiese", die, 120 Morgen groß, für einen geringen Preis verpachtet sei. Dieser Platz, der also schon im Besitze der Stadt sei, biete freie Lage, bequeme Verbindung mit allen Bahnen und directe Nähe der Oder. Nur ein Uebelstand sei vorhanden, daß sowohl von der Langegasse, wie von der Posener Straße aus wenigstens chaussirte Straßen geschaffen werden müssen. Die Absicht übrigens, hierher den projectirten Oderhafen zu legen, ließe sich auch neben dem Schlachthofe zur Ausführung bringen, da genug Raum vorhanden sei. Für beide Anlagen würde es sich schon lohnen, die genannten Straßen zu bauen. Für die durch natürliche Hindernisse bedingte Verhinderung der Ausdehnung der Nicolaivorstadt würde in der Anlage von geschäftlichen Niederlassungen ein Ersatz geboten werden. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, das Referat des Herrn Wecker dem Magistrat zur Kenntnißnahme und Berücksichtigung zu unterbreiten. — Hierauf referirte Stadtverordneter Peucker über die Vermehrung der Elementarschulklassen und über die in Aussicht stehenden Schulhausbauten und knüpfte hieran den Antrag, der Verein möge Schritte thun zur Erlangung einer Mädchen-Mittelschule, welche für die Nicolaivorstadt ein Bedürfniß sei. Nach längerer Debatte wird der Vorstand beauftragt, ein diesbezügliches motivirtes Gesuch beim Magistrat einzureichen. Gleichzeitig soll der Vorstand dem Magistrat geeignete Grundstücke für diese Schule in Vorschlag bringen. — Nach einer Besprechung über das seitens des Vereins abzuhaltende Fastnachts-Vergnügen und nach Erledigung des Fragekastens, der kein besonderes Interesse bot, wurde die Versammlung geschlossen.

H. **Breslau**, 3. Febr. [Section für öffentliche Gesundheitspflege.] In der am 23. Januar unter dem Vorsitz des Geh. Med.-Raths Prof. Dr. Biermer stattgefundenen Sitzung hielt Dr. med. Kayser einen Vortrag über den Einfluß des Berufs auf die Sterblichkeit. An der Hand eines sorgfältig gesammelten reichen statistischen Materials, das dem hiesigen Statistischen Bureau entnommen war, und gegen 7000 Gestorbene und 75,000 Lebende aus den Jahren 1874—77 incl. umfaßte, wies der Redner diesen Einfluß nach, nachdem er sowohl auf die Mangelhaftigkeit aller früheren Bearbeitungen dieser Frage, als auch auf die Schwierigkeit und theilweise Unzuverlässigkeit bei der Benützung des dafür zu Gebote stehenden Materials aufmerksam gemacht, welches keine absolute Genauigkeit für sich in Anspruch nehmen kann. Im Allgemeinen gruppirte er die Berufsarten nach der Art der Beschäftigung und nach der materiellen Lebenslage. Der Vortragende beschränkte sich darauf, vorzüglich die Resultate bei den Hauptgruppen mitzutheilen. Er unterschied 1) die intellectuelle, 2) die intellectuelle mechanische und 3) die mechanische Berufsgruppe. Der ersten Gruppe gehört die Gelehrtenwelt, der zweiten das mittlere Beamtenthum, die Handeltreibenden und die Besitzer als gesonderte Abtheilungen, der dritten das Handwerk und der Arbeiterstand an. Er zeigte, seinen interessanten Vortrag durch graphische Darstellungen erläuternd, daß zunächst die Gesammtsterblichkeitsziffern, (d. h. wie viel auf 100 Lebende einer Gruppe durchschnittlich jährlich sterben) ohne Werth seien, daß vielmehr Alles auf die Sterblichkeitsziffern der einzelnen Altersstufen ankomme. Er erklärte nun, daß die mechanische Gruppe in allen Altersklassen insbesondere aber vom 30. bis zum 60. Jahre die höchsten Sterblichkeitsziffern aufweise. Aehnlich stehe es mit dem Durchschnittsalter der Gestorbenen, das allerdings nur mit Vorsicht und unter der nöthigen Controle zu verwerthen sei. Dasselbe betrage in den 3 Gruppen 56, 51 und 46 Jahre. Das niedrigste Durchschnittsalter überhaupt haben Cigarren- und Steinarbeiter (32—33 Jahre). Redner verglich die Bekleidungsgewerbe (Schneider, Schuhmacher) mit dem Metallgewerbe (Schlosser ꝛc.) und kam zu dem Resultat, daß das erstere im jugendlichen Alter eine höhere, dann aber geringere Sterblichkeit habe.

Dann zu den Todesursachen übergehend, zeigte Vortragender, daß bei den Hirn-Krankheiten die intellectuelle Gruppe — mit einer gewissen Einschränkung — am stärksten betheiligt sei, während zu den Lungenkrankheiten resp. zur Tuberculose die mechanische Gruppe das Hauptcontingent stelle. An Tuberculose starben bei denjenigen Berufsarten am meisten, die das niedrigste Durchschnittsalter haben (bei Cigarren- und Steinarbeitern über 50 pCt. der Gestorbenen). Bei den Infectionskrankheiten stelle sich heraus, daß die Sterblichkeit am Unterleibstyphus bei allen Berufsgruppen dieselbe sei, was dafür spräche, daß die Ursache dieser Infectionskrankheit in allgemein wirkenden Verhältnissen zu suchen sei. Bei den Verunglückungen, speciell den Berufs-Verunglückungen, nehmen die erste Stelle Eisenbahnbetriebs-Arbeiter und Maurer mit 15 resp. 14 pCt. der Gestorbenen ein. Die zehn vom Vortragenden zusammengefaßten gefährdeten Berufsarten haben ein um mehrere Jahre niedrigeres Durchschnittsalter, als die übrigen mechanischen Berufsklassen.

An den Vortrag des Dr. Kayser, dessen wesentlichen Inhalt wir kurz skizzirt, knüpfte sich keine Discussion.

Der Vorsitzende, Geh. Medicinal-Rath Prof. Dr. Biermer, nahm Gelegenheit, den in der Versammlung anwesenden Knappschaftsarzt Dr. Wagner-Königshütte über die epidemischen Vorkommnisse in Oberschlesien zu interpelliren. Eine authentische Auskunft hierüber erscheine um so wünschenswerther und nothwendiger, als die Zeitungsberichte in dieser Beziehung kein klares Bild böten. Geh. Rath Biermer richtete demnächst folgende Fragen an Dr. Wagner: 1) Wie steht es gegenwärtig mit dem Typhus in Oberschlesien? 2) Ist eine größere epidemische Ausbreitung des Typhus in Oberschlesien zu befürchten, und wenn dieser Fall eintreten sollte, glaubt dann Dr. Wagner, daß die vorhandene Zahl der Aerzte und des Wärter-Personals in Oberschlesien genügen, oder dürfte im Falle der Noth von Breslau aus eine Unterstützung von ärztlichem Personal und Hilfeleistenden in Aussicht zu nehmen sein?

Dr. Wagner beschränkt sich, wie dies hier, um kein falsches Bild von dem oberschlesischen Nothstand aufkommen zu lassen, ausdrücklich hervorgehoben sei, bei seinen Mittheilungen auf die oberschlesischen Industriebezirke, während er selbst constatirt, daß ihm die Verhältnisse in den eigentlichen ländlichen Nothstandsdistricten nicht hinreichend bekannt seien, um ein bestimmtes Urtheil abzugeben. Was jene Industriebezieke anlange, so sei in diesen von dem Vorhandensein des Hungertyphus keine Rede, der Gesundheitszustand sei vielmehr gegenwärtig ein verhältnißmäßig günstiger, es ließen sich augenblicklich nur vereinzelte Fälle von Recurrens und von Abdominialtyphus wahrnehmen. Eine bedeutende Ausdehnung epidemischer Erscheinungen im Industriebezirk Oberschlesiens sei nach Lage der Verhältnisse nicht zu befürchten. Was die Zahl der Aerzte im Industriebezirk anlangt, so sei dieselbe durchaus ausreichend, um eine Unterstützung von Breslau nicht nothwendig erscheinen zu lassen. Auch in den ländlichen Bezirken seien die Aerzte keineswegs so dünn gesäet, als die Armuth der Bevölkerung dies vermuthen ließe. Bezüglich des Wärterpersonals sei zu bemerken, daß jeder Laie leicht zum Wärter ausgebildet werden könne.

Der Vorsitzende, Geh. Med.-Rath Prof. Biermer bemerkt, daß wir in Breslau insbesondere Interesse daran haben, über die Krankheitserscheinungen in Oberschlesien genau und zuverlässig unterrichtet zu sein, da, wie die Vorgänge der letzten Jahre beweisen, eine gewisse Solidarität zwischen den epidemischen Erkrankungen hier und in Oberschlesien stattfinde. Auch er glaubt aus eigner Anschauung versichern zu können, daß die Schilderung oberschlesischer Zustände aus den Nothjahren 1847/48 heute nicht mehr auf Oberschlesien passen würde. Die Antwort des Herrn Dr. Wagner sei so beruhigend ausgefallen, daß die Section vorläufig keine Veranlassung habe, sich mit diesem Gegenstand weiter zu beschäftigen.

Handel, Industrie ꝛc.

Berlin, 3. Febr. [Producten-Bericht.] NNW. 28,5, früh — 3°, leicht bedeckt. Der heutige Getreidemarkt zeigte eine vorherrschend feste Stimmung, hatte aber nur sehr beschränkten Verkehr. — Weizen loco war kaum höher im Werthe gehalten, fand aber trotzdem nur wenig Beachtung, während für Termine etwas bessere Preise willig angelegt wurden. — Roggen zur Stelle war reichlich angetragen, ohne entsprechende Aufnahme zu finden, und es blieb daher ein guter Theil der vorhandenen Anerbietungen unerledigt. Sehr reservirt war dagegen das Angebot für Termine trotz der etwas erhöhten Preise. — Hafer loco sowohl als auch auf Lieferung war etwas besser im Werthe. — Rüböl hat sich nur schwach im Werthe behauptet. — Spiritus war etwas besser zu lassen, wurde aber nur wenig gehandelt.

Weizen loco 200—240 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelb. märk. — M. ab Bahn bez., per Februar — M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 226½—227½ Mark bez., per Mai-Juni 226½ bis 227½ Mark bez., per Juni-Juli 227—227½ M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 167 bis 178 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer — M. ab Boden bez., inländ. 172 bis 176 M. ab Bahn bez., per Februar und Februar-März 167½—168 M. bez. u. Gd., 168½ Br., per April-Mai 170—170½ M. bez., per Mai-Juni 170—170½ M. bez. u. Br., per Juni-Juli 166½—167 M. bez., per Juli-August 162½ M. bez. Gekündigt 7000 Centner. Kündigungspreis 168 M. — Gerste loco 137—200 Mark nach Qualität gefordert. — Mais loco 145 bis 150 M. nach Qualität gefordert, rumänischer — M. bez., amerikanischer — M. ab Bahn bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Hafer loco 138—157 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 143 bis 146 M. bez., russischer 142 bis 145 Mark bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 146 bis 151 Mark bez., schlesischer 147 bis 151 Mark bez., böhmischer 147—151 M. bez., fein. weißer russischer 148 bis 150 Mark ab Bahn bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 148 Mark bez., per Mai-Juni 149 Mark bez., per Juni-Juli 151 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Erbsen, Kochwaare, 168 bis 205 M., Futterwaare 157—166 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 00: 32,50 bis 30,00 M. bez., Nr. 0: 30,00 bis 29,00 Mark, Nr. 0 u. 1: 29,00—27,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0 25,50—24,50 Mark bez., Nr. 0 und 1 24,25—23,50 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack per Februar 24 M. bez., per Februar-März 23,85 Mark bez., per März-April 23,85 M. bez., per April-Mai 23,85 Mark bez., per Mai-Juni 23,85 Mark bez., per Juni-Juli — Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß 53,8 M. bez., ohne Faß 53,5 Mark bez., per Februar 53,4 Mark bez., per Februar-März 53,4 Mark bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 53,4 Mark bez., per Mai-Juni 53,9—54—53,9 Mark bez., per September-October 56,4 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Leinöl loco 67 Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 25,3 Mark bez., per Februar 24 Mark bez., per Febr.-März 23,9 Mark bez., per März-April 23,8 Mark bez., per April-Mai 23,7 M. bez., per September-October 25,2 M. bez. Gekündigt — Ctr.

Spiritus loco ohne Faß 59,9 M. bez., per Februar und Februar-März 59,6 M. nom. bez., per April-Mai 60,4 bis 60,6 bis 60,5 Mark bez., per Mai-Juni 60,5 bis 60,8 bis 60,7 M. bez., per Juni-Juli 61,4 bis 61,6—61,5 Mark bez., per Juli-August 62,1—62,3—62,2 Mark bez., per August-September 62,4 bis 62,6 bis 62,5 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

Berliner Börse vom 3. Februar 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	100,00 bzG
Consolidirte Anleihe	4½	105,90 bz
do. do. 1876	4	101,00 bz
Staats-Anleihe	4	99,50 G
Staats-Schuldscheine	3½	95,10 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,40 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,40 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	103,10 bz
Pommersche	3½	89,60 bz
do.	4	99,30 bz
do	4½	103,25 bzG
do. Lndch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	99,40 bz
Schlesische	3½	91,50 G
Lndschaftl. Central	4	99,50 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	99,90 bz
Pommersche	4	99,75 bz
Posensche	4	99,50 G
Preussische	4	99,50 G
Westfäl. u. Rhein.	4	100,00 G
Sächsische	4	99,50 G
Schlesische	4	99,50 G
Badische Präm.-Anl.	4	135,20 B
Baierische Präm.-Anl.	4	135,75 bz
do. Anl. v. 1875	4	99,10 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	134,25 bz
Sächs. Rente von 1876	3	77,00 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	110,00 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	103,25 bzG
do. do.	5	104,75 bzG
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4½	100,00 bzG
do. do. do.	5	102,90 B
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	— —
Unkündb. do. (1872)	5	105,90 bzG
do. rückzb. à 110	5	112,50 G
do. do. do.	4½	107,00 G
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	105,00 bz
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	— —
Hyp.-Anth. Nord. G-C-B	5	99,75 bz
do. do. Pfandbr.	5	99,80 bz
Pomm. Hyp.-Briefe	5	104,25 B
do. do. II. Em.	5	10[illegible],50 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	120,40 bz
do. do. II. Em.	5	120,00 bzG
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	166,20 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	101,75 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	119,25 G
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	104,10 bzG
do. do.	4½	103,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104,00 B
do. do.	4½	102,00 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	63,10 bz
do. (1/4. 1/10.)		65,00 bz
do. Goldrente	4	74,90 bzB
do. Papierrente	4⅕	62,40 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	116,00 B
do. Lott.-Anl. v. 60	5	126,90 bz
do. Credit-Loose	fr.	335,00 bzG
do. 64er Loose	fr.	312,60 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	153,30-40 bz
do. do. 1866	5	153,10 etbzG
do. Orient-Anl. v. 1877	5	60,80 bz
do. II. do. v. 1878	5	61,90 bz
do. III. do. v. 1879	5	60,89 bz
do. Anleihe 1877	5	91,30 bzB
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	79,80 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	75,40 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	82,20 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	66,00 bzB
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	57,40 bzB
Amerik. rückz. p. 1881	6	101,90 bz
do. 5% Anleihe	5	101,25 bz
Ital. 5% Anleihe	5	82,50 etbzB
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	95,50 bzB
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	10,50 bzG
Ungar. Goldrente	6	88,25 bzG
do. Loose (M. p. St.)	fr.	217,25 bz
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	86,25 bzB

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 49,00 bz
Türken-Loose 31,25 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	103,50 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	91,25 bz
do. do. VI.	4½	103,10 G
do. Hess. Nordbahn	5	102,60 G
Berlin-Görlitz	5	101,75 G
do.	4½	100,90 bzG
do. Lit. C.	4½	100,70 bzG
Bresl.-Freib. Lit. D. EF.	4½	102,40 bzG
do. do. G.	4½	102,40 bzG
do. do. H.	4½	102,40 bzG
do. do. J.	4½	102,40 bzG
do. do. K.	4½	102,40 bzG
do. von 1876	5	105,75 bzG
Breslau-Warschauer	5	103,00 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	99,25 G
do. Lit. B.	4½	101,20 G
do. IV.	4	99,50 bzG
do. V.	4	99,50 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,50 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	103,60 bzG
Märkisch-Posener	4½	102,00 B
Niederschles.-Märk. I.	4	100,00 bzB
do. do. II.	4	99,00 G
do. Obl. I. u. II.	4	100,00 G
do. Obl. III.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	99,40 G
do. E.	3½	91,30 bzG
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	103,75 G
do. H.	4½	103,50 B
do. von 1879	4½	104,00 G
do. von 1873	4	99,40 bz
do. von 1874	4½	103,25 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	5	103,60 bzG
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	102,30 G
do. do. III. Em.	4½	102,30 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,25 bzG
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	103,30 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	102,50 G
Charkow-Asow gar.	5	— —
do. do. in Pfd. Sterl.	5	87,25 B
Charkow-Kremen. gar.	5	90,50 bzG
do. do. in Pfd. Sterl.	5	87,25 bz
Rjäsan-Koslow gar.	5	101,00 bzB
Dux-Bodenbach	5	85,40 bz
do. II. Em.	5	82,25 bz
Prag-Dux	fr.	49,70 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	91,60 bz
do. do. neue	5	89,70 bzG
Kaschau-Oderberg	5	75,10 bzG
Ung. Nordostbahn	5	72,25 bzG
Ung. Ostbahn	5	69,10 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	76,50 bzB
do. do. II.	5	79,00 G
do. do. III.	5	74,00 bzG
do. do. IV.	5	72,10 bzG
Mährische Grenzbahn	5	63,00 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr	32,00 bzG
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	80,75 etbzG
Oesterr.-Französische	3	372,50 bzB
do. do. II.	3	367,10 G
do. südl. Staatsbahn	3	263,80 bzG
do. neue	3	264,50 bzG
do. Obligationen	5	93,90 bzB
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	96,40 bz
Warschau-Wien II.	5	102,50 bz
do. III.	5	101,30 bzG
do. IV.	5	99,80 bzB
do. V.	5	98,10 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,15 bz
do. do.	2 M.	3	168,40 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,28 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	80,95 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	212,65 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	214,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,65 bz
do. do.	2 M.	4	171,70 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 280,25 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 173,00 bzG
Braunschw. Präm.-Anleihe 95,80 bz
Oldenburger Loose 156,00 bz

Ducaten 9,25 etbz	Dollar — —
Sover. 20,31 G	Oest. Bkn. 172,80 bz
Napoleon 16,175 bz	do. Silbergd. — —
Imperials — —	Russ. Bkn. 214,80 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht	½	—	4	31,60 bzG
Berg-Märkische	4	—	4	98,10 bz
Berlin-Anhalt	5	—	4	101,60 bz
Berlin-Dresden	0	—	4	16,30 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	24,25 bz
Berlin-Hamburg	10½	—	4	195,00 bzG
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	99,70 bz
Berlin-Stettin	3,65	4¾	4	115,75 bzG
Böhm. Westbahn	5¾	—	5	94,00 bzG
Bresl.-Freib.	3¼	—	4	94,40 bz
Cöln-Minden	6,3	6	4	147,90 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	68,50 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,214	—	4	112,00 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	24,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	fr.	— —
Kaschau-Oderberg	4	4	5	53,50 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	66,60 tbzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	198,00 bz
Märk.-Posener	0	0	4	30,75 bzB
Magdeb.-Halberst.	9½	6	4	147,00 bzG
Mainz-Ludwigsh.	4	—	4	95,80 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	99,90 bzG
Oberschl. A. C. D. E.	8½	—	3½	175,75 bzG
do. B.	8½	—	3½	148,00 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	483,00-1,50
Oest. Nordwestb.	4	—	5	287,00 bzG
Oest. Südb. (Lomb.)	0	6	4	159,50-56,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	62,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	—	4	142,90 bz
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	54,70 bz
Rheinische	7	7	4	158,40 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	98,25 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	13,40 bz
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	48,25 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	26,40 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	102,75 bzG
Thüringer Lit. A.	8	—	4	155,60 bz
Warschau-Wien	9,165	—	4	254,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	44,75 bzG
Berlin-Görlitzer	1	—	5	74,00 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	42,00 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	84,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	fr.	— —
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	37,00 bz
Märkisch-Posener	5	5	5	100,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	4½	3½	3½	88,00 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	122,50 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	100,20 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	—	5	69,25 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	—	5	141,00 bzG
Rumänier	8	8	8	107,00 bzB
Saal-Bahn	0	0	5	45,75 bz
Weimar-Gera	0	0	5	29,75 bz

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G	2	—	4	80,00 bzG
Berl. Kassen-Ver.	8 9/10	8 9/10	4	166,25 bz
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	105,75 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	—	4	77,25 bzG
Braunschw. Bank	4½	—	4	93,50 bzG
Bresl. Disc.-Bank	3	—	4	98,00 bzG
Bresl. Wechslerb.	6⅔	—	4	103,50 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	95,50 bzG
Danziger Priv.-Bk.	5⅕	—	4	110,25 G
Darmst. Creditbk.	6¾	—	4	147,10 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	5⅙	4	106,50 bzB
Deutsche Bank	6½	—	4	143,60 bz
do. Reichsbank	6,3	—	4½	161,25 bzG
do. Hyp.-B. Berl.	6¼	—	4	96,00 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	6½	—	4	193,25 bz
do. ult.	6½	—	4	196,25-95,00
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	114,00 bz
do. junge	5½	—	4	110,80 bz
Goth. Grundcredb.	6	—	4	94,75 bzB
do. junge	6	—	4	94,70 etbzB
Hamb. Vereins-B.	7¾	7	4	121,75 G
Hannov. Bank	5½	—	4	106,75 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	6	—	4	100,70 bz
Ldw.-B. Kwilecki	4⅔	—	4	65,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	6⅔	—	4	148,80 bz
Luxemburg. Bank	7½	—	4	138,50 bz
Magdeburger do.	6 3/10	—	4	116,00 G
Meininger do.	2½	—	4	102,25 bzG
Nordd. Bank	8⅘	10	4	161,25 G
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	68,75 bzG
Oberlausitzer Bk.	4	—	4	85,75 bzG
Oest. Cred.-Actien	8¾	—	4	542,50-39,00
Posener Pro.-Bank	4	—	4	110,75 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	—	4	93,60 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	128,25 bzG
Sächs. Bank	5¾	—	4	120,25 bzG
Schl. Bank-Verein	5	—	4	111,75 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	42,90 bzG
Wiener Unionsbk.	5	—	4	229,50 G
In Liquidation.				
Berliner Bank	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	49,00 G
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	— —
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	— —
Thüringer Bank	—	—	fr.	200,00 B

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	11,25 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	—	—	fr.	—
Märk.-Sch. Masch G	0	—	4	42,50 bzG
Nordd. Gummifab.	4	—	4	54,50 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	5	—	4	90,00 bzB
Schles. Feuervers.	21	—	fr.	1035 G
Donnersmarkhütt.	½	—	4	71,00 bzB
Dortm. Union	0	—	4	16,50 bzB
do. abgest.	0	—	4	20,75 bz
Königs- u. Laurah.	1½	—	4	135,60 bzG
Lauchhammer	0	—	4	53,00 bzG
Marienhütte	2½	—	4	85,00 bzG
Cons. Redenhütte	4	—	4	235,00 G
do. Oblig.	6	6	6	105,00 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	19,76 bz
Schl. Zinkh.-Actien	5½	—	4	103,50 bzB
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	106,50 bzG
Oppeln. Portl. Cem.	2½	—	4	60,40 bzG
Groschowitzer dto.	2	4	4	63,50 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	110,00 bzG
Vorwärtshütte	0	—	4	22,80 bzG
Bresl. E.-Wagenb.	5½	—	4	84,40 bzG
do. ver. Oelfabr.	5½	—	4	80,00 bzG
do. Strassenbahn	6	—	4	114,75 bzG
Erdm. Spinnerei	0	—	4	36,00 bzB
Görlitz. Eisenb.-B.	6½	—	4	95,00 bzG
Hoffm.'s Wag. Fabr	0	—	4	69,00 B
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	76,10 bzG
Schl. Leinenind.	5	—	4	91,10 G
do. Porzellan	1½	—	4	56 bz
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	44,00 bzG

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Berlin, 3. Februar. [Börse.] Die Börse hat sich mit den colossalen Engagements, welche sie in den jüngsten Tagen vollzog, doch wohl etwas zu viel zugemuthet, als daß nicht eine Abspannung zu erwarten gewesen wäre. Das Bedürfniß nach einem Stillstande in dem stürmischen Treiben war denn auch an der heutigen Börse in dem Maße vorhanden, daß die Speculation den sehr festen Meldungen über den gestrigen Verkehr an den auswärtigen Plätzen kein Gewicht, vielmehr den allerdings nicht unbeträchtlich niedrigeren Eisenpreisen, die Glasgow meldete, eine größere Bedeutung beilegte; man führte auch an, daß eine Sendung schlesischen Eisens in Amerika abgelehnt worden sei. Schon gestern hatte bei sonst fester Stimmung der speculative Montan-Actienmarkt eine ungünstigere Tendenz verrathen, heute war die Haltung dieser Werthe eine ausgesprochen schwache und der Einfluß derselben übertrug sich auch auf die übrigen Verkehrsgebiete. Auch der Umfang des heutigen Geschäfts zeigte nicht die Erheblichkeit der Umsätze der Vortage. Auf dem Gebiete der Montanwerthe kam es zu erheblichen Rückgängen; auf dem internationalen Markte vermochten Credit, welche zunächst mit höherer Notiz als gestern zum Schluß eingesetzt hatten, anfangs noch eine kleine Steigerung zu erfahren; sehr bald trat indeß auch für diesen Markt eine empfindliche Verstimmung ein und der Coursabschlag wurde ein sehr erheblicher. Consols vermochten nicht ganz die gestrigen Course zu behaupten. Die Tendenz für die an den jüngsten Tagen so sehr favorisirten Bahnen war dementsprechend ebenfalls nicht von der bisherigen Animirtheit. Von den neu eingeführten speculativen Bahnwerthen waren Russische Südwestbahn ebenfalls gedrückt. Gegen 1¾ Uhr trat auf allen Verkehrsgebieten eine Erholung ein. Auf dem internationalen Markte notiren Credit 543—537½—539, Franzosen 483 bis 484—481—482, Lombarden 159—6½. Von österreichisch-ungarischen Renten standen nur Ungarn in lebhafterem Verkehr. Russische Anleihen ziemlich fest. Rubel zum Schluß abgeschwächt. Dieselben notiren: per ultimo 215,75 bis 215 (Vorprämie 217/1½), per März 215,75—215 (Vorprämie 218/2). Auf dem localen Markte erzielte Laura 135,75—5,10—6—5—136½, Dortmunder St.-Pr. 119,10—119—119,75—118—119½, Disconto-Commandit 196—194, Consols 101¼—½. Russische Südwest 69,60—69—69,75. Von sonstigen Bahnen heben wir hervor und notiren per ultimo: Rheinische 158,75—158,50—158,75—158,50, do. junge 150,90, Bergische 98,60—(98) bis 10, Friedrich-Franzbahn 133,25 bis 133, Rumänier 48,75 bis 48,50, Galizier 112,30—112, Oberschlesische Eisenbahn 176,60—176. Auf dem Anlagemarkte drückten heimische Fonds anfangs die weniger feste Stimmung, welche die Speculation für Consols entwickelte; schließlich wurden gestrige Course behauptet. Scribs höher. Für deutsche Prioritäten fehlten auch heute Abgeber. Von österreichischen wurden Gold- und gute Silberprioritäten bevorzugt. Russische Werthe beliebt. Auf dem Kassamarkte waren große Bahnen ohne einheitliche Tendenz. Berlin-Anhalter schwächer, Potsdamer besser. Kleine Bahnen ziemlich fest. Oesterreichische Bahnen ohne größeren Verkehr. Schweizer Sachen beliebt. Stamm-Prioritäten in guter Haltung. Banken anziehend. Preußische Immobilien-Bank notiren 105. Börsen-Commissions-Bank bei lebhaftem Verkehr 116½. Industriepapiere belebt und steigend, Montansachen theilweise etwas schwächer. Rostocker Schiff + 2, Bolle + ½, Westfälische Union + 1, Rheinische Stahl + 1½, Hannoversche Asphalt + 1½, Harzer St.-Pr. + ¾, Berliner Pappen + 1, Linke + ½, Sprit + 1, Aachen-Höngen + 2, Schles. Kohlen — 1,65, Gelsenkirchen — ¾, Berzelius — 1,10. Geld sehr flüssig bei 2% im Privatdiscont. Fremde Wechsel fest.

Course um 2½ Uhr: Beruhigter. Creditactien 540,00, Lombarden 157,00, Franzosen 482,50, Reichsbank 161,50, Disconto-Comm. 194,75, Laurahütte 137,—, Türken 10,50, Italiener 82,00, Oesterr. Goldrente 74,50, 1860er Loose —,—, Dortmunder Union 120,—, Oberschlesische —,—, Ungarische Goldrente 88,25, Oesterr. Silberrente 63,—, do. Papierrente 62,—, 5proc. Russen 91,12, neue —, Köln-Mindener 148,—, Rheinische 158,75, Bergische 98,25, Rumänen 48,62, Russ. Noten 215,25, Russ. Anleihe, alte —, Galizier —,—, I. Orient-Anleihe —,—, II. do. 60,75, III. do. 60,62, Weimarische Bank —,—.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Cp. 172,25 bez., do. Eisenbahn-Coupon 172,25 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. t. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,175 bez., do. Eisenbahn-Prior 4,175 bez., do. Papier-Dollars 4,175 bez., 6% New-York-City 4,175 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. t. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,64—65 bez., 22er Russen —, Große Russische Staatsbahn —,— bez., Russische Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Rumänische Divid.-Sch. per 1879 9,90 bz., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris Belgische minus — Pf. Brüssel. Verl. Lstr.-Obligat. 20,28 bez.

* **Breslau**, 4. Febr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide etwas fester, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen, nur zu notirten Preisen mehr beachtet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,40 bis 21,00—21,90 Mark, gelber 19,20—20,30 bis 21,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. 15,70 bis 16,70 bis 17,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 15,50 bis 16,60 Mark, weiße 16,80 bis 17,20 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 13,30—14,20—14,50 Mark.

Mais mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 13,30—13,80—14,60 Mark.

Erbsen gut verkäuflich, pr. 100 Kilog. 18,50—19,60 bis 20,20 Mark, Victoria- 21,00—22,00—23,50 Mark.

Bohnen sehr fest, pr. 100 Kilogr. 19,50—21,00—22,00 M.

Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—8,20—8,60 Mark, blaue 7,40—8,20—8,50 Mark.

Wicken gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein ohne Aenderung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	26	—	25	—	22	—
Winterraps	22	50	21	75	20	50
Winterrübsen	22	—	21	—	20	—
Sommerrübsen	22	50	21	50	20	—
Leindotter	21	75	21	25	20	50

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark, — fremde 6,10—6,30 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,70—9,90 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother sehr ruhig, pr. 50 Kilogr. 39—44 bis 48—50 Mark, weißer nur feine Qualitäten verkäuflich, 44—53—62—74 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee ruhig, pr. 50 Kilogr. 42—50—60 Mark.

Thymothee unverändert, pr. 50 Kilogr. 18—22—25 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 30,00—31,00 Mark, Roggen fein 26,00—27,00 Mark, Hausbacken 25,00—26,00 Mark, Roggen-Futtermehl 10,20—11,00 Mark, Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 2,50—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.
Roggenstroh 21,00—23,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 3., 4.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 2°,8	— 3°,1	— 7°,8
Luftdruck bei 0° (mm)	761,9	763,4	763,4
Dunstdruck (mm)	3,4	3,5	2,1
Dunstsättigung (pCt.)	60	96	86
Wind	SW. 1.	W. 1.	SW. 1.
Wetter	heiter.	heiter, neblig.	heiter, Reif.

Breslau, 4. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 30 Cm. U.-P. — M. — C. Eisstand.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Königsberg i. Pr., 3. Febr. Die Kaiserin von Rußland traf heute Vormittag um 10 Uhr 18 Minuten hier ein und setzte um 10 Uhr 39 Minuten ihre Reise fort.

Pest, 3. Febr. Im Unterhause zog der Finanzminister die Vorlagen betreffs der Verlängerung der Tilgungsdauer der Grundentlastungs- und Weinzehnt-Obligationen zurück und brachte dafür drei Gesetzentwürfe über die Tilgung der Grundentlastungs-Obligationen, die Tilgung der Weinzehnt-Obligationen und über die Bedeckung der Capitals- und Amortisationsannuitäten der Staatsanleihen ein. Durch letzteren Entwurf wird der Finanzminister ermächtigt, zur Bedeckung der Capitals- und Amortisationsannuitäten der Staatsanlehen alljährlich 6procentige, steuerfreie Goldrente in gleichem Nennwerthe, wie die zu amortisirende Capitalssumme, zu emittiren.

Paris, 3. Febr. Freycinet befindet sich besser, hütet aber noch das Zimmer.

Rom, 3. Febr. „Avvenire Italia“ zufolge habe der Kriegsminister Bonelli in Folge der von den Generalen im Senate anläßlich der Mahlsteuerdebatte befolgten Haltung demissionirt.

Dublin, 3. Februar. Heute hielt das Mansionhouse-Comite für die Nothleidenden eine Sitzung ab. Nach dem Bericht sind bereits 41,155 Pfund Sterling eingegangen und 15,400 vertheilt. Ferner werden Briefe von 30 Bischöfen vorgelesen, welche die Vorwürfe Parnells zurückweisen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 3. Febuar, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% Rente —, —, Anleihe von 1872 116, 52, Italiener 81, 87, Oesterreichische Goldrente —, —, Ungarische Goldrente 88, 06, Spanier exter. —, 1877er Russen —, Türken 1865 10, , 70 III. Orientanleihe —, —, Egypter —, —, Banque ottomane —, —, Lombarden —, Türkenloose —, — Peruaner —, —. Fest.

Frankfurt a. M., 3. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 341. Pariser Wechsel 80, 98. Wiener Wechsel 172, 60. Köln-Mindener Stamm.-Act. 148⅛. Rheinische do. 158⅛. Hessische Ludwigsbahn 95. Köln-Mindener Prämien-Antheilscheine 133¼. Reichs-Anleihe —. Reichsbank 162⅜. Darmstädter Bank 147⅞. Meininger Bank 101. Oest.-Ung. Bank 734, 00. Creditactien*) 269⅞. Silberrente 63. Papierrente 62⅛. Oesterr. Goldrente 74½. Ungar. Goldrente 88½. 1860er Loose 127⅝. 1864er Loose 313, 00. Ungar. Staatsloose 215, 00. do. Ostbahn-Obligationen II. 80⅝. Böhmische Westbahn 187¾. Elisabethbahn 165½. Nordwestbahn 143⅞. Galizier 223¾. Franzosen*) 241¼. Lombarden*) 77½. 1877er Russen 91. II. Orientanleihe 61⅛. Central-Pacific 108¾. Schweizer Centralbahn 74. — Schwach.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 269¾, Franzosen 240¾, Ungar. Goldrente —, Galizier —, Lombarden —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 3. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 124½. Silberrente 63, Oest. Goldrente 74⅝, Ung. Goldrente 88⅜. Credit-Actien 269¼, 1860er Loose 127¼. Franzosen 602. Lombarden 196½. Italien. Rente 82, 1877er Russen 91, II. Orient-Anleihe 58½. Vereinsbank 122¾, Laurahütte 136, Nordd. 161½, Commerzbank 117½. Anglo-deutsche 65, Amerik. de 1885 95½, Köln-Mind. St.-A. 148, Rhein. Eisenb. do. 158½, do. junge 151, Berg.-Märk. do. 98¼, Berlin-Hamb. do. 194, Altona-Kiel. do. 136, Disconto 2⅛ pCt. — Matt.

Silber in Barren per Kilogr. 154, 30 Br., 153, 80 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 30 Br., 20, 24 Gd., London kurz 20, 37 Br., 20, 29 Gd., Amsterdam 168, 00 Br., 167, 40 Gd., Wien 171, 75 Br., 169, 75 Gd., Paris 80, 30 Br., 79, 90 Gd., Petersburger Wechsel 213, 50 Br., 209, 50 Gd.

Hamburg, 3. Februar, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine ruhig. Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen per April-Mai 227 Br., 226 Gd., per Mai-Juni 228 Br., 227 Gd. — Roggen per April-Mai 161½ Br., 160½ Gd., per Mai-Juni 161 Br., 160 Gd. — Hafer fest. Gerste ruhig. Rüböl still, loco 57, per Mai 56½. — Spiritus ruhig, per Februar 53 Br., per März-April 52½ Br., per April-Mai 51¾ Br., per Mai-Juni 51¼ Br. — Kaffee ruhig, geringer Umsatz. — Petroleum behauptet, Standard white loco 7, 20 Br., 7, 00 Gd., per Februar 7, 00 Gd., per März-April 7, 50 Gd. — Wetter: Nebel.

Liverpool, 3 Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Anziehend. Tagesimport 38,000 B., davon 31,000 B. amerikanische, 5000 B. Pernam.

Liverpool, 3. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 14,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. Sehr fest. Middl. amerik. März-April-Lieferung 7¼, April-Mai-Lieferung 7 9/32 D.

Liverpool, 3. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Weitere Meldung. Definitiver Umsatz 16,000 Ballen. Amerikaner und Brasilianer 1/16 D. theurer.

Manchester, 3. Febr., Nachm. 12r Water Armitage 7¼, 12r Water Taylor 9, 20r Water Micholls 10½, 30r Water Gidlow 11¼, 30er Water Clayton 11¾, 40r Mule Mayoll 12, 40r Medio Wilkinson 13, 36r Warpcops Qualität Rowland 12, 40r Double Weston 13¾, 60r Double Weston 15, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 102. Steigend.

Petersburg, 3. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 25¾, do. Hamburg 3 M. 216, do. Amsterdam 3 M. —, do. Paris 3 M. 266½, Russ. Präm.-Anleihe de 1864 (gest.) 229½, do. de 1866 (gest.) 228½, Russ. Anl. de 1873 —, 1877er Russen —, ½-Impérials 7, 81, Große Russ. Eisenbahnen 263, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 118¾, II. Orient-Anleihe 91, III. Orient-Anleihe 91, Privatdiscont 6%.

Petersburg, 3. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 59, 00, per August 58, 50. Weizen loco 16, 50. Roggen loco 10, 00. Hafer loco 5, 00. Hanf loco 35, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 16, 50. — Wetter: Thauwetter.

Danzig, 3. Februar, Nachmittag 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen loco ohne Kauflust. Umsatz 200 Tonnen. Bunt und hellfarbig, mehr oder weniger ausgewachsen 194,00 bis 207,00, hellbunt 212,00—216,00, hochbunt und glasig 223,00—242,00, pr. April-Mai Transit 222,00, per Juni-Juli Transit 222,00. — Roggen ruhig, loco inländischer pr. 120 Pfd. 156,00, polnischer oder russ. pr. 120 Pfund Transit 151,00, unterpolnischer per April-Mai Transit 160,00, inländ. per April-Mai 164,00. Kleine Gerste loco 148,00. Große Gerste loco 150,00. — Hafer loco 132,00. — Erbsen loco 145,00. — Spiritus pr. 10,000 Liter-pCt. loco 56,25.

Königsberg, 3. Februar, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen sehr flau. Roggen fest, loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 156, 00, per Frühjahr 162, 50, per Mai-Juni 163, 50. — Gerste unverändert. — Hafer loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 136, 00, per Frühjahr 140, 00. — Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 148,00. — Spiritus per 100 Ltr. 100 pCt. loco 57, 00, per Frühjahr 59, 25, per Mai-Juni 60, 25. — Wetter: Schön.

Pest, 3. Februar, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco matt, Termine lustlos, per Frühjahr 14, 50 Gd., 14, 55 Br. — Hafer per Frühjahr 7, 62 Gd., 7, 65 Br. — Mais per Mai-Juni 8, 60 Gd., 8, 65 Br. — Kohlraps per August-September —, —. Wetter: Kalt.

Paris, 3. Februar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Februar 32, 25, per März 32, 00, per Mai-Juni 31, 60, per Mai-August 30, 80. Mehl behauptet, per Februar 67, 25, per März 67, 50, per Mai-Juni 67, 25, per Mai-August 66, 50. — Rüböl behauptet, per Februar 78, 25, per März 78, 75, per Mai-Aug. 80, 25, Sept.-Dec. 82, 50. Spiritus behauptet, per Febr. 71, 25, per März 71, 00, per April 70, 75, per Mai-August 69, 50.

Paris, 3. Februar, Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Februar per 100 Kilgr. 61, 00, Nr. 7/9 per Februar per 100 Kilgr. 67, 00. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kgr. per Februar 70, 50, per März-April 70, 75, per Mai-August 70, 00.

Antwerpen, 3. Februar, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen träge. Roggen ruhig. Hafer vernachlässigt. Gerste unverändert.

Antwerpen, 3. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18¼ bez. 18½ Br., per März 17¾ bez., 18 Br., per April 18 Br., per September 19½ Br. Weichend.

Bremen, 3. Februar, Nachm. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 20, per März 7, 35, per April 7, 50, per August-December 8, 25. Alles Brief.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.